



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Gruber, Julius:

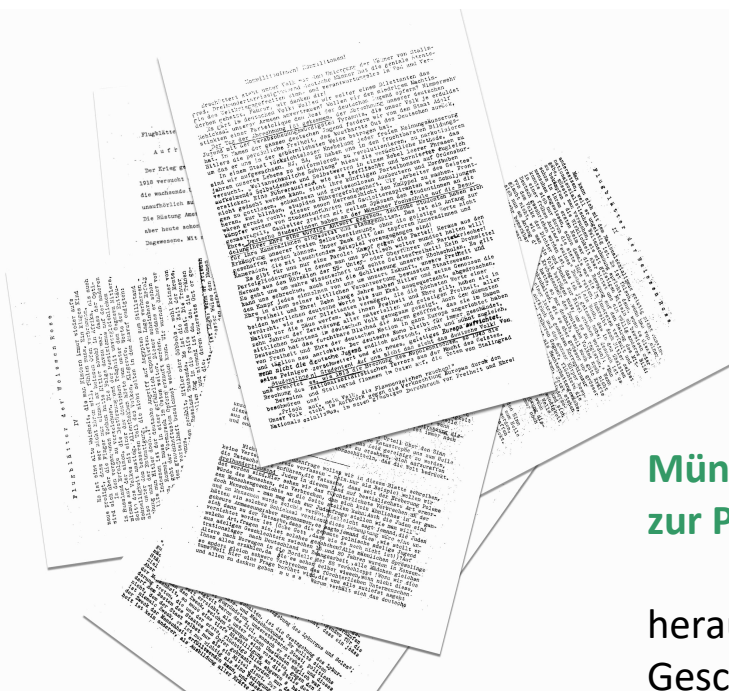
Das Entstehen und Scheitern von Kooperation
zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten

Bachelorarbeit, Sommersemester 2021

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.77982>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2021

Julius Josef Jörg Gruber

Das Entstehen und Scheitern von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten

Bachelorarbeit bei
Dr. Sebastian Schindler
2021

Inhaltsangabe

I.	Einleitung und Hinleitung zur Fragestellung.....	S. 1
	1. Theorieauswahl, Konzeption der Variablen und Relevanz der vorliegenden Arbeit.....	S. 4
II.	Die strukturelle Motivation des amerikanischen Politikwechsels gegenüber Kuba 2014.....	S. 9
	1. Begründung des institutionalistischen Ansatzes.....	S. 9
	2. Theoretischer Hintergrund – Institutionalismus und Interdependenzansatz.....	S. 11
	2. 1 Institutionalismus – Strukturen und Akteure.....	S. 12
	2. 2 Interdependenz – Konzeption und analytische Begriffe.....	S. 13
	2. 3 Sensitivität, Vulnerabilität und qualitative Zustände Internationaler Abhängigkeit.....	S. 14
	3. Aufstellen und Empirischer Test der aus dem Institutionalismus abgeleiteten Hypothesen.....	S. 17
	3. 1 Aufstellen der aus dem Institutionalismus abgeleiteten Hypothesen.....	S. 17
	3. 2 Empirischer Test der aus dem Institutionalismus abgeleiteten Hypothesen..	S.18
	4. Unzulänglichkeiten einer monokausalen Erklärung des Entstehens und Scheiterns von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zwischen 2014 und 2021.....	S. 28
III.	Die kubanische Minderheit in Florida und deren Sonderrolle in der Formulierung amerikanischer Kubapolitik nach 2016.....	S. 30
	1. Theoretischer Hintergrund – Liberalismus und Externalisierung.....	S. 30
	2. Aufstellen und Empirischer Test der aus dem Liberalismus abgeleiteten Hypothese.....	S. 35
	2. 1 Aufstellen der aus dem Liberalismus abgeleiteten Hypothese.....	S. 35
	2. 2 Empirischer Test der aus dem Liberalismus abgeleiteten Hypothese.....	S. 36
IV.	Zusammenfassung.....	S. 46
	Literaturangabe.....	S. 49

I. Einleitung und Hinleitung zur Fragestellung

Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2020 kündigte Joe Biden an, im Falle seines Sieges unter Präsident Donald Trump gegen Kuba ergriffene Maßnahmen zurücknehmen zu wollen, welche „*dem kubanischen Volk geschadet und nichts getan haben, um Demokratie und Menschenrechte zu fördern.*“ (Reuters, 2020) Weitgehend zeitgleich verkündete Donald Trump am 23. September 2020 auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes eine weitere Verschärfung der US-amerikanischen Sanktionen gegen Kuba. (Reuters, 2020) Nachdem Joe Biden am 7. November 2020 zum augenscheinlichen Wahlsieger erklärt worden war, waren in Havanna in der Hoffnung auf ein Ende der Sanktionen hupende Autokorsos zu sehen. (Acosta, 2020) Im weniger als 400 Kilometer entfernten Miami-Dade County skandierten floridakubanische Trump-Anhänger unterdessen „*four more years*“ und „*f--- the communists*“. (Charles, Tavel, Daugherty und Flechas, 2020) Während der in Kuba anhaltenden Proteste im Sommer 2021 war es jedoch Präsident Biden, der entgegen seiner im Wahlkampf gemachten Aussagen neue und härtere Sanktionen gegen Kubas Regime ankündigte. (Macias, 2021) Allein die medienwirksame und entgegengesetzte Positionierung US-amerikanischer Präsidentschaftskandidaten zu Kuba während des Wahlkampfes sowie das emotionale Interesse, mit welchem diese in Kuba wie auch in den Vereinigten Staaten von der Öffentlichkeit verfolgt wurden, zeugen bereits von der enormen Tragweite, welche der Inhalt kubanisch-amerikanischer Beziehungen für Millionen Menschen entfaltet. Präsident Bidens Manövrieren zwischen verschiedenen policy Optionen gegenüber Kuba hingegen ist bezeichnend für die grundlegenden Strukturen, welche die US-amerikanische Politik gegenüber dem Inselstaat gegenwärtig prägen.

Die Beschäftigung mit den Beziehungen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten führt zu dem Schluss, dass beide Staaten eine lange und wechselhafte gemeinsame Vergangenheit verbindet. Peter Baker, der Chefkorrespondent der New York Times im Weißen Haus, beschrieb Kuba 2014 als „*...an island that for generations has captivated and vexed its giant northern neighbour.*“ (Baker, 2014) Soraya Castro Mariño, von 1985 bis 2011 Senior Researcher am Center of Research for International Politics (CIPI) in Havanna, schrieb 2002, „*In Cuba, every nuance and component of U.S. policy has a profound consequence for a variety of domestic constituencies.*“ (Castro Mariño, 2002, S. 47)

In der kubanischen Geschichte erscheint das Verhältnis zu den USA als eine entscheidende Determinante. Ohne US-amerikanische Unterstützung wären Kubas Versuche, ab Mitte des 19. Jahrhunderts seine Unabhängigkeit zu erkämpfen, weitgehend aussichtslos gewesen. Erst das amerikanische Eingreifen nach der Explosion des Kriegsschiffes *USS Maine* im Hafen von Havanna am 15. Februar 1898 vermochte den seit den 1860er-Jahren andauernden kubanischen Freiheitskampf gegen Spanien zu Ende zu führen. (Staten, 2003, S. 31-44) Hiermit begann jedoch keineswegs Kubas politische Selbstständigkeit. Wie Clifford Staten es in seinem Standardwerk „*The History of Cuba*“ formuliert, wurde vielmehr spanische gegen US-amerikanische Dominanz eingetauscht. Diese Dominanz äußerte sich in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit auf vielfältige Weise durch militärische, politische, diplomatische, wirtschaftliche sowie kulturelle und gesellschaftliche Interaktionen. (Staten, 2003, S. 3) Hierzu muss auch die Unterstützung des Regimes von *Fulgencio Batista* gezählt werden, welcher Kuba von 1940-44 gewählt und 1952-58 diktatorisch regierte. Batistas militärische Machtübernahme im März 1952 und die Errichtung eines von den Vereinigten Staaten gestützten Regimes, welches von der Mehrheit der Bevölkerung als korrupt und repressiv wahrgenommen wurde, generierten den Widerstand, welcher schlussendlich zur bewaffneten Revolution führen sollte. (Staten, 2003, S. 71) Mit der Niederlage des Batista-Regimes und dem Sieg der Revolution 1958 begann eine Phase, in welcher die kubanische Politik auch für die Vereinigten Staaten signifikante Wechselwirkungen bzw. externe Effekte bewirkte. Ab Anfang der 1960-er Jahre fanden sich die beiden Nachbarstaaten auf den gegnerischen Seiten des Kalten Krieges wieder. Konfrontative Erfahrungen wie die gescheiterte Invasion in der Schweinebucht und die Kubakrise stellten für die Vereinigten Staaten ebenso einschneidende Ereignisse dar wie für Kuba. (Staten, 2003, S. 89-105)

Während des Kalten Krieges engagierte sich Kuba in mehreren erfolgreichen militärischen Interventionen wie in Angola 1975-76, Äthiopien 1977-78 sowie erneut in Angola 1987-88. Diese Interventionen produzierten teils hohe Kosten für die amerikanische Außenpolitik, welche in scheinbarem Unverhältnis zu Kubas geringer Größe und begrenzten Kapazitäten standen. (Dominguez, 1997, S. 49-52)

Das Ende des Kalten Krieges bewirkte einen erneuten fundamentalen Wandel in den kubanisch-amerikanischen Beziehungen. Dieser wird von Jorge Dominguez in dessen Artikel „*U.S.-Cuban Relations: From the Cold War to the Colder War*“ beschrieben. Entgegen den Erwartungen konsekutiver US-Administrationen gelang es dem Castro-Regime, sich trotz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandener massiver ökonomischer wie politischer Probleme auch nach dem Ende des Kalten Krieges an der Macht zu halten, während teils gewaltsame Konfrontationen beide Länder während der 1990-er Jahre mehrfach an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung brachten.

In Anbetracht dieser Vergangenheit und nach 50 Jahren der Konfrontation erschien der 2009 von Präsident Barack Obama mit einer Lockerung von Sanktionen und Einreisebestimmungen begonnene und als „*Cuban Thaw*“ bekannte Prozess der Annäherung vielen Beobachtern wie Peter Baker als Überraschung. (Baker, 2014; Department of the Treasury, 2015) Dieser Prozess gipfelte 2014 in der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen nach über 50 Jahren. (Tannenbaum und Stokes, 2014) Der Annäherungsprozess zwischen den beiden Staaten wurde jedoch bereits unmittelbar nach Beginn dessen Amtszeit im Frühjahr 2017 durch Präsident Donald Trump weitgehend rückgängig gemacht und der Großteil der vorher bestehenden Sanktionen wieder eingeführt. (Holland, 2017) Wenngleich Präsident Joe Biden als Vizepräsident der Obama-Administration federführend an der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Kuba beteiligt war und im Wahlkampf 2020 ankündigte, zu dessen Politik gegenüber Kuba zurückkehren zu wollen, so zeigen die jüngsten Ereignisse in den kubanisch-amerikanischen Beziehungen im Sommer 2021, dass die policies der Biden-Administration gegenüber Kuba eher den konfrontativen Maßnahmen seines Vorgängers ähneln als der kooperativen Initiative der Obama-Administration. (Macias, 2021) Diese sich vermeintlich widersprechenden Inhalte der US-amerikanischen Kuba-Politik der vergangenen Jahre zu entwirren, die essenziellen Strukturen der gegenwärtigen kubanisch-amerikanischen Beziehungen herauszuarbeiten sowie insbesondere eine theoretisch wie inhaltlich kohärente Erklärung für den mehrfachen Wandel US-amerikanischer Politik gegenüber Kuba zwischen 2014 und 2021 zu präsentieren, auf deren Basis vorsichtige Prognosen für die künftige Entwicklung kubanisch-amerikanischer Beziehungen möglich sind, ist Anspruch der vorliegenden Arbeit.

Deren Untersuchungszeitraum erstreckt sich somit von der Wiederaufnahme der Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba im Dezember 2014 und deren vorangegangener Prozesse bis hin zur gegenwärtigen Situation im August 2021. Die vorliegende Arbeit nähert sich ihrer Fragestellung in Form einer theoriegeleiteten Einzelfallstudie. In seinem Artikel „*What is a Case Study and What Is It Good for?*“ argumentiert John Gerring, „*A “case study”, I argue, is best defined as an intensive study of a single unit with an aim to generalize across a larger set of units.*“ (Gerring, 2004, S. 341) Diese Arbeit plädiert dafür, die Episode der Annäherung und des darauffolgenden Scheiterns derselben zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten von 2014 bis 2021 als eine von verschiedenen Konstellationen der Interaktion zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zu betrachten, welche die Beziehungen beider Länder seit dem Ende des Kalten Krieges bestimmten. Somit kann das hier beschriebene Phänomen als *single unit* gelten, welche mit dem Ziel analysiert wird, Prozesse und Mechanismen zu identifizieren, welche für sämtliche Interaktionskonstellationen zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges als *larger set of units* von Relevanz sind. Weitergehend kann der mehrfache Wandel amerikanischer Kubapolitik wie in Kapitel II. dargelegt als Beispiel US-amerikanischer Reaktionen auf die Kontestation der Liberalen Internationalen Ordnung betrachtet werden, welche seit dem Ende des Kalten Krieges als zentrales Thema in den Internationalen Beziehungen von Autor*innen wie John Ikenberry adressiert wurde. (Ikenberry, 2018)

1. Theorieauswahl, Konzeption der Variablen und Relevanz der vorliegenden Arbeit

Für die theoriegeleitete Einzelfallstudie ist die Auswahl der zugrunde liegenden Theorien, aus welcher die zu testenden Hypothesen abgeleitet werden, essenziell. Im Falle der vorliegenden Arbeit erscheint es zunächst notwendig, einen Überblick über die bestehende Literatur zu den kubanisch-amerikanischen Beziehungen seit dem Ende des Kalten Krieges zu geben, da deren Bestand nicht nur Maßstab für die Konzeption der in dieser Arbeit eingeführten Variablen ist, sondern insbesondere auch die Relevanz der vorliegenden Arbeit begründet.

Der Fokus auf die Literatur zu den kubanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges erscheint hier als sinnvoll, da wie von Jorge I. Domínguez beschrieben davon auszugehen ist, dass sich die Strukturen der Interaktion zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes fundamental verändert haben. (Domínguez, 1997) Es ist zu erkennen, dass die Literatur bei der Behandlung der Thematik unter unterschiedlichen theoretischen Prämissen insbesondere zwei Variablen Bedeutung zukommen lässt. Zum einen dem Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden Staaten, wobei dessen Charakter, ob unilateral oder gegenseitig umstritten ist und zum anderen der Rolle gesellschaftlicher Akteure.

Autor*innen wie Biegon (2020), Castro Mariño (2002), LeoGrande (1998, 2015) und Domínguez (1997) gehen insbesondere darauf ein, wie das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba die Beziehungen beider Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges bedingte. Hierbei ist in der Literatur eine Debatte über die Natur dieses Abhängigkeitsverhältnisses beobachtbar.

Während Autor*innen wie Soraya Castro Mariño weitgehend die Annahme vertreten, dass ein relativ unilaterales Abhängigkeitsverhältnis Kubas von den USA gegeben ist, *„any policy with regard to Cuba means relatively little to the United States, the implications of any policy for the island are enormous. In Cuba, every nuance and component of U.S. policy has a profound consequence for a variety of domestic constituencies.“* (Castro Mariño, 2002, S. 47) stellt Jorge I. Domínguez beispielsweise fest, dass Kuba nach dem Ende des Kalten Krieges zwar seine Fähigkeit eingebüßt hat, die Agenda der amerikanischen Außenpolitik mittels seiner militärischen Interventionen zu dominieren, dass Kuba jedoch trotzdem etwa während der 1990-er Jahre in verschiedenen Situationen maßgeblich auf die politische Agenda der Clinton-Administration einwirkte. (Domínguez, 1997) Kurz: Ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis Kubas von den Vereinigten Staaten wird in der Literatur ebenso vertreten wie bestritten, die Bedeutung der Abhängigkeitsstrukturen zwischen beiden Staaten für den Inhalt ihrer Beziehungen wird jedoch weitgehend einheitlich als zentral bewertet.

Die vorliegende Arbeit greift diese nicht abgeschlossene Debatte auf, indem sie die Frage stellt, inwiefern der Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg für die Vereinigten Staaten von außenpolitischer Relevanz war und eventuell sogar in einem solchen Maße, dass dies als Motivation der Vereinigten Staaten gesehen werden kann, nach Jahrzehnten der Konfrontation die Kooperation mit Kuba zu suchen.

Die zweite Variable, welcher die Literatur weitgehend einheitlich Prominenz für die Analyse der kubanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg gegeben hat, ist die Rolle gesellschaftlicher Akteure. (Dominguez, 1997); (LeoGrande, 1998); (Castro Mariño, 2002) Hierbei fokussiert sich die Analyse insbesondere auf die Schlüsselrolle der kubanischen Minderheit in Florida. Biegon (2020) und LeoGrande (2015) hatten jedoch zuletzt eine signifikante Abnahme der Relevanz der *domestic politics* Variable und insbesondere der kubanischen Minderheit in Florida für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen postuliert.

Das Ziel dieser Arbeit ist es, wissenschaftliche Innovation zu leisten, indem sie insofern Lücken in der bestehenden Literatur schließt, als dass sie eine Erklärung für das Entstehen und Scheitern der Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zwischen 2014 und 2021 bietet, welche konzeptionell auf beiden oben beschriebenen, in der Literatur herausgestellten Variablen beruht, welche bisher nicht erfolgte. Hierbei sucht die vorliegende Arbeit die fortdauernde Rolle des asymmetrischen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen beiden Staaten für den Inhalt ihrer Beziehungen darzulegen, indem sie mithilfe analytischer Konzepte aus renommierten Theorien der Internationalen Beziehungen dessen Relevanz für das Entstehen von Kooperation und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba 2014 darstellt. Weitergehend reagiert die vorliegende Arbeit auf Biegon (2020) und LeoGrande (2015), indem sie darzustellen versucht, dass die *domestic politics* Variable entgegen deren Erwartungen insbesondere bezüglich der kubanischen Minderheit in Florida nach wie vor essenziell ist, um Wandel in den kubanisch-amerikanischen Beziehungen ganzheitlich zu verstehen.

Somit konzipiert diese Arbeit das Abhängigkeitsverhältnis zwischen beiden Staaten sowie den Einfluss gesellschaftlicher Akteure auf den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen als unabhängige Variablen, welche einen Einfluss auf das Entstehen und Scheitern von Kooperation zwischen 2014 und 2021 hatten. Hierbei ist voranzustellen, dass beobachtbar ist, wie sich die abhängige Variable verhalten hat. Wir wissen, dass vor 2014 Konfrontation nicht Kooperation die Norm der kubanisch-amerikanischen Beziehungen war. Wir wissen auch, dass nach 2014 eine Phase des vorsichtigen Aufbaus von Kooperation begann, welche 2017 erneut endete, wodurch Konfrontation erneut an die Stelle von Kooperation trat. Beide Variablen in einer theoretisch wie inhaltlich kohärenten Erklärung zu berücksichtigen ist Ziel der vorliegenden Arbeit.

Theoretisch fußt die vorliegende Arbeit insbesondere auf dem Interdependenzansatz nach Nye und Keohane als Teil des Institutionalismus sowie dem liberalen Ansatz nach Moravcsik. Diese Ansätze sind gewählt, da sie in der Lage sind, die als solche definierten unabhängigen Variablen gemeinsam zu konzipieren. Der Institutionalismus ist fähig, Aussagen darüber zu treffen, unter welchen Bedingungen *“situations characterized by reciprocal effects among countries or among actors in different countries”* (Keohane and Nye, 1987, S. 730) Kooperation induzieren können. Moravcsiks liberaler Ansatz, welcher soziale Akteure in den Mittelpunkt stellt, auf liberale wie illiberale Staaten, wirtschaftliche wie nicht wirtschaftliche Situationen und konfliktive wie nicht konfliktive Konstellationen anwendbar ist (Moravcsik, 1997, S. 515) gibt Aufschluss über den Einfluss dieser Akteure auf die Formulierung staatlichen Interaktionen unterliegender außenpolitischer Handlungspräferenzen. Nach Moravcsik sind diese beiden theoretischen Ansätze synthesefähig. Dies verdeutlicht er in seiner Konzeption eines *two-stage Modells* staatlichen Verhaltens auf der internationalen Bühne für multikausale Erklärungsansätze. Moravcsik erläutert, dass der Liberalismus konzeptionell fähig ist, das endogene Entstehen außenpolitischer Präferenzen im Sinne außenpolitischer Handlungsmaximen von Staaten, welche Basis ihrer folgenden internationalen Interaktionen sind, zu analysieren, während institutionalistische Ansätze die anschließende strategische Interaktion von Staaten innerhalb der Strukturen des Internationalen Systems auf Basis dieser Handlungsmaximen erklären können. (Moravcsik, 1997, S. 541-547)

Die vorliegende Arbeit präsentiert somit nachfolgend ein multikausales Modell des Entstehens und Scheiterns von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten im Zeitraum von 2014 bis 2021. Diese Erklärung wird unter den Prämissen von Andrew Moravcsiks *two-stage Modell* staatlichen Verhaltens auf den kausalen Variablen struktureller Abhängigkeiten zwischen beiden Staaten sowie der *domestic politics* Variable aufgebaut, welchen in der vorangegangenen Literatur herausragende Bedeutung für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen zugeschrieben wurde. Dementsprechend analysiert diese Arbeit zunächst auf der Basis institutionalistischer Modelle, inwiefern der strukturelle Wandel des inter-amerikanischen Systems und die daraus resultierende veränderte Bedeutung des kubanisch-amerikanischen Verhältnisses den Vereinigten Staaten Anlass zur Aufnahme von Kooperation mit Kuba gaben und präsentiert anschließend auf der Basis liberaler Theorie der Internationalen Beziehungen eine Analyse der Rolle, welche die kubanische Minderheit in Florida aufgrund ihre Sonderposition in der Struktur demokratischer Repräsentation in den Vereinigten Staaten hinsichtlich der Rückkehr zu konfrontativen policies gegenüber Kuba nach 2016 spielte.

Die vorliegende Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass Präsident Obamas Initiierung von Kooperation mit Kuba 2014 als Strategie zu betrachten ist, die Kosten einzudämmen, welche sich durch die kontinuierte Konfrontation mit Kuba für die Vereinigten Staaten ergaben. Diese Kosten beruhten insbesondere auf Kubas historischer Sonderrolle hinsichtlich anti-hegemonialer Kontestation in der amerikanischen Hemisphäre, welche durch den fundamentalen Wandel des inter-amerikanischen Systems im Rahmen der *Pink tide* nach 1998 verstärkte Bedeutung erhielt. Diese Arbeit argumentiert weiter, dass Präsident Obamas fundamentale Neausrichtung der amerikanischen Kubapolitik durch den temporären Rückgang der Sonderrolle der kubanischen Minderheit in Florida in der Struktur demokratischer Repräsentation in den Vereinigten Staaten begünstigt wurde. Es kann jedoch festgestellt werden, dass eine erneut zentrale Rolle der floridakubanischen Minderheit nach den Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020 sowohl die Administration von Donald Trump wie auch die gegenwärtige Biden-Administration vor ein „internal-external interest trade-off“ gestellt hat, welches unter den für beide Administrationen herrschenden Bedingung zugunsten eines Entgegenkommens gegenüber den außenpolitischen Präferenzen der floridakubanischen Minderheit entschieden wurde.

II. Die strukturelle Motivation des amerikanischen Politikwechsels gegenüber Kuba 2014

1. Begründung des institutionalistischen Ansatzes

Es erscheint zunächst geboten, eine Begründung der Relevanz des präsentierten Ansatzes zur Erklärung des US-amerikanischen Politikwechsels gegenüber Kuba 2014 vorzubringen. Bisherige Ansätze, diesen zu erklären, beruhten zum einen auf Theorien von policy failure, welche sich auf das Scheitern des amerikanischen Embargos bezogen einen politischen Wandel in Kuba herbeizuführen. (Allen, 2014) Dieser Ansatz ist naheliegend, war policy failure doch die hauptsächliche Begründung Präsident Obamas für die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba. „*I do not believe we can keep doing the same thing for over five decades and expect a different result*“; „*Moreover, it does not serve America’s interests, or the Cuban people, to try to push Cuba toward collapse. Even if that worked—and it hasn’t for 50 years—we know from hard-earned experience that countries are more likely to enjoy lasting transformation if their people are not subjected to chaos.*“ (Obama, 2014) Wie William LeoGrande jedoch 2015 feststellte, waren das Scheitern des Embargos sowie dessen Unfähigkeit, eine Demokratisierung Kubas herbeizuführen, spätestens seit den 1990er-Jahren allgemein akzeptiert. Somit kann LeoGrande zufolge policy failure keine adäquate Erklärung für einen Politikwechsel zu speziell diesem Zeitpunkt (2014) darstellen. (LeoGrande, 2015, S. 473)

Rubrick Biegons Analyse der Rolle der *Pink tide* und der damit verbundenen Herausforderungen an die US-amerikanische Vormachtstellung in der amerikanischen Hemisphäre unter Einbezug der Rolle Kubas ist einer der herausragendsten jüngeren Beiträge in der Literatur zu den kubanisch-amerikanischen Beziehungen. Hinsichtlich der Einordnung der amerikanischen Politikwechsel gegenüber Kuba von Konfrontation zu Kooperation und erneut zurück zu Konfrontation unterscheidet sich die vorliegende Arbeit in ihren Grundannahmen jedoch fundamental von Biegons Analyse.

Auf seinem neo-gramscianischen Modell aufbauend, betrachtet Biegon das Manövrieren der US-amerikanischen Kubapolitik zwischen Konfrontation und Kooperation als Bestandteil eines einheitlichen hegemonialen Rekonstruktionsbestrebens der Vereinigten Staaten in Lateinamerika als vollumfängliches Erklärungsmodell sowohl für das Entstehen 2014 wie auch für das Scheitern der Kooperation zwischen beiden Staaten nach 2016. Hierbei konzipiert Biegon die US-amerikanische Außenpolitik gegenüber Lateinamerika als einen weitgehend monolithischen, maßgeblich durch elitäre neoliberale Wirtschaftsinteressen getriebenen Block. (Biegon, 2020, S. 50, 51) In diesem Zusammenhang spricht Biegon der Rolle gesellschaftlicher Akteure für die Formulierung des Inhalts der kubanisch-amerikanischen Beziehungen nach 2014 relevantes Gewicht ab. (Biegon, 2020, S. 47, 48) Hierin stützt sich Biegon maßgeblich auf die Feststellung von Grenier und Gladwin, dass die Mehrheit der floridakubanischen Minderheit im Jahr 2014 die Normalisierung der Beziehungen befürwortete (Grenier und Gladwin, 2014) sowie auf William LeoGrandes darauf aufbauender Prognose von 2015, dass der politische Einfluss der floridakubanischen Lobbys schwände. (LeoGrande, 2015) Wie die vorliegende Arbeit in Kapitel III. darlegt, lassen sich diese Folgerungen Biegons und LeoGrandes jedoch anhand der amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020 weitgehend widerlegen. Darüber hinaus geht die vorliegende Arbeit am Ende dieses Kapitels auf die Unzulänglichkeiten einer monokausalen Erklärung für den US-amerikanischen Politikwandel gegenüber Kuba, welche dessen Ursprung ausschließlich in inter-amerikanischen Systemstrukturen und den Abhängigkeitsstrukturen in den kubanisch-amerikanischen Beziehungen sucht ein, den Aufstieg und Fall von Kooperation zwischen beiden Staaten 2014 bis 2021 vollumfänglich und unverzerrt wiederzugeben.

In diesem Zusammenhang plädiert die vorliegende Arbeit dafür, zunächst die inhaltlichen Erkenntnisse von Wissenschaftler*innen wie Gabriel Fernandes Pimenta, Pedro Casas V M Arantes, Rubrick Biegon und Ted Piccone hinsichtlich struktureller Veränderungen im inter-amerikanischen System in Bezug auf die „*Pink tide*“, die Rolle Kubas und die regionale Hegemonialposition der Vereinigten Staaten sowie das Auftreten neuer Akteure in Lateinamerika durch die theoretische Brille des Institutionalismus bzw. des Interdependenzansatzes zu betrachten, welcher spezifisch in der Lage ist, mittels der nachfolgend eingeführten, von Keohane, Nye und Schimmelfennig entwickelten analytischen Konzepte zu beurteilen, unter welchen Umständen gegenseitige Abhängigkeitsstrukturen zweier Staaten diese zur Kooperation motivieren können. Diese Arbeit schlägt vor, entsprechend Moravcsiks Konzeption der Synthese von Institutionalismus und Liberalismus als *two-stage Modell* staatlichen Verhaltens (Moravcsik, 1997, S. 541-547) die *domestic politics* Variable anschließend in Bezug zur hier präsentierten institutionalistischen Erklärung des Entstehens von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten 2014 zu setzen.

2. Theoretischer Hintergrund – Institutionalismus und Interdependenzansatz

So alt wie das westfälische Staatensystem und die Annahme von diesem als einem Zustand von Anarchie, in welchem keine zentrale regulatorische Gewalt existiert, ist auch die Frage, ob der rechtlose Zustand zwischen den Staaten überwindbar ist und darüber hinaus Ordnung, Struktur und Kooperation zwischen diesen erreichbar sind. Bereits im 17. und 18. Jahrhundert formulierten Hugo Grotius und Charles Irénée Castel de Saint-Pierre in ihren Schriften Gedanken, wie dieses Ziel durch Verrechtlichung der Interaktionen zwischen Staaten sowie durch überstaatliche Organisationsstrukturen zu erreichen sei. Im Gegensatz zu diesen früheren, oft normativeren Konzeptionen beruhen moderne institutionalistische Strömungen jedoch essenziell auf der Betrachtung der materiellen Strukturen des internationalen Systems. (Schimmelfennig, 2015, S. 89) Die vorliegende Arbeit gründet ihre Konzeption institutionalistischer Modelle insbesondere auf dem neoliberalen Institutionalismus und dem Interdependenzansatz, wie diese in Robert Keohanes und Joseph Nyes grundlegendem Buch „*Power and Interdependence: World Politics in Transition*“ (1977) dargelegt werden.

2.1 Institutionalismus – Strukturen und Akteure

Zunächst scheint sich der Institutionalismus in der Konzeption von Strukturen und Akteuren wenig vom Realismus, von welchem Keohane und Nye den Institutionalismus abgrenzen, zu unterscheiden. Wie der Realismus geht auch der Institutionalismus zunächst von einem Weltbild aus, in welchem „*Anarchie*“ also die Abwesenheit einer regulierenden Zentralgewalt Kernstück einer internationalen Ordnung ist, in welcher Strukturen von Machtgefällen und daraus resultierender Unsicherheit die Interaktion der Staaten prägen. (Schimmelfennig, 2015, S. 89, 90) Ebenso geht der Institutionalismus von zweckrational handelnden, selbstinteressierten Staaten als zentralen Akteuren aus. Wenngleich staatliche Existenzsicherung im anarchischen Kontext für den Institutionalismus ein natürliches Ziel der Staaten ist, so schreibt er im Gegensatz zum (Neo-) Realismus dem internationalen System strukturelle Eigenschaften zu, welche das Sicherheitsdilemma abschwächen, den Akteuren größere Handlungsspielräume geben, ihnen ermöglichen, nicht ausschließlich nur nach Macht und Selbsterhalt streben zu müssen, sondern nach jedweden Gütern streben zu können, welche für sie zweckrational relevant sind. Darüber hinaus geben diese dem internationalen System zugeschriebenen Strukturen den Autoren zufolge Auskunft darüber, unter welchen Umständen sich Ordnung, Struktur und Kooperation im zunächst anarchischen internationalen System entwickeln können. Insbesondere internationale Interdependenz und internationale Regime sind die beiden Strukturen, welche der Institutionalismus hierbei für besonders ausschlaggebend befindet. Vorrangig die Frage, unter welchen Umständen strukturelle Interdependenz im Sinne gegenseitiger Abhängigkeit Kooperation zwischen Staaten generieren kann, ist für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit bedeutsam und wird im Folgenden erörtert.

2. 2 Interdependenz – Konzeption und analytische Begriffe

Eine Definition des Begriffes Interdependenz sowie eine Beschreibung dessen wie diese auf die Beziehung zwischen Staaten wirkt, lässt sich insbesondere in den Kapiteln 1 „*Interdependence in World Politics*“ und 2 „*Realism and Complex Interdependence*“ von Robert Keohanes und Joseph Nye Buch „*Power and Interdependence: World Politics in Transition*“ (1977) finden, in welchem die Autoren ihr Modell eines „*kohärenten theoretischen Rahmens für die politische Analyse von Interdependenz*“ (Keohane und Nye, 1977, S. 4) darlegen.

Begrifflich stellen Keohane und Nye Interdependenz zunächst der Dependenz gegenüber. Dependenz wird hierbei grundsätzlich als ein Zustand definiert, in welchem externe Kräfte eine signifikantermaßen determinierende Wirkung ausüben, wobei Interdependenz als gegenseitige Dependenz zu verstehen ist.

Abstrahiert auf das Internationale System, definieren die Autoren Interdependenz als „*situations characterized by reciprocal effects among countries or among actors in different countries.*“ (Keohane und Nye, 1977, S. 8) Keohane und Nye verstehen diese Effekte als häufig aus internationalen Transaktionen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder politischer Art resultierend eine rapide Zunahme, welcher sie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konstatieren. Diese Transaktionen können für die Akteure Kosten oder „*constraints*“ generieren. Dort, wo die Transaktionen wenngleich nicht zwingend symmetrisch reziprok sind, behaupten die Autoren Interdependenz. Hierbei umfasst der Begriff Interdependenz jedoch keinesfalls nur Situationen gegenseitigen Profits. Keohane und Nye stellen gegenteilig fest, dass Interdependenz immer Kosten involviert, insofern diese stets auch die Autonomie der Akteure einschränkt. (Keohane und Nye, 1977, S. 8) Weitergehend konstatieren die Autoren, dass die Frage, ob der Nutzen die Kosten einer Beziehung zwischen zwei Akteuren übertreffen wird *a priori* nicht zu klären sei. Vielmehr hänge dies von der spezifischen Beziehung zwischen den Akteuren ab. Zentral ist jedoch die Feststellung der Autoren, dass die Frage nach der Symmetrie der Interdependenz zwischen zwei Akteuren hierfür entscheidender Faktor ist.

Keohane und Nye verstehen Asymmetrien in der Interdependenz in diesem Zusammenhang als Machtressource, welche einem dominanteren Partner Einfluss über einen schwächeren gewährt. Der Begriff der Macht wird hierbei von den Autoren als Kontrolle über Outcomes definiert. Zudem formulieren Keohane und Nye die Annahme, dass vollständige Dependenz in den Internationalen Beziehungen weitgehend selten ist und die Mehrheit der Situation sich in Graden zwischen den Extremen vollständiger, gegenseitig profitabler Interdependenz und vollständig unilateral profitabler Abhängigkeit bewegt. (Keohane und Nye, 1977, S. 8-10)

2. 3 Sensitivität, Vulnerabilität und qualitative Zustände Internationaler Abhängigkeit

Wie bereits erwähnt ist die Frage, unter welchen Umständen Interdependenz zwischen Staaten Kooperation generieren kann für die vorliegende Arbeit von besonderer Relevanz. Wie ebenfalls eingehend erwähnt, halten Keohane und Nye die Symmetrie von Interpendenz in einer Beziehung zwischen zwei Staaten für ausschlaggebend, um das Machtverhältnis zwischen diesen zu analysieren. (Keohane und Nye, 1977, S. 10) Zur Analyse dieses Zusammenhangs und unter der Annahme, dass Interdependenz aufgrund der Einschränkung von Autonomie für die Akteure immer zwangsweise auch Kosten generiert, führen die Autoren die Begriffe *Sensitivität* und *Vulnerabilität* als analytische Konzepte ein.

Die Sensitivitätsdimension stellt hierbei erstrangig die Frage danach, wie schnell und wie stark Handlungen oder Veränderungen in einem Staat kostspielige Effekte in einem anderen Staat bewirken. Hierbei wird angenommen, dass die Sensitivitätsdimension von Interdependenz im Rahmen bestehender policies entsteht, welche unverändert bleiben. Sensitivität gegenüber externen Effekten kann hierbei sozial, politisch, ökonomisch oder auch militärisch sein. Sensitivität beschreibt also die unmittelbar eintretenden Kosten exogener Effekte für einen Staat, bevor dieser auf die Veränderungen reagiert oder Handlungen ergreift, um negative, extern generierte Effekte zu lindern. Dem wird das Konzept der *Vulnerabilität* gegenübergestellt. (Keohane und Nye, 1977, S. 10-13)

Der markante Unterschied zwischen der Sensitivitätsdimension und der Vulnerabilitätsdimension der Interdependenz besteht darin, ob bzw. zu welchem Grad und zu welchen Kosten ein Staat in der Lage ist, negative externe Effekte, welche sich aus Handlungen in anderen Staaten für diesen ergeben, zu lindern. Vulnerabilität beschreibt somit die potenziellen Kosten externer Effekte für einen Staat, nachdem dieser auf die Veränderungen reagiert oder Handlungen ergriffen hat, um negative, extern generierte Effekte zu lindern. Die Vulnerabilitätsdimension von Interdependenz lässt sich Keohane und Nye zufolge also per Kostenaufwand über Zeit messen, den ein Staat aufbringen müsste, um effektive Veränderungen unter durch exogene Faktoren zum Negativen veränderter Bedingungen herbeizuführen. (Keohane und Nye, 1977, S. 10-13)

Wenngleich Keohane und Nye herausstellen, dass die Dimension der Vulnerabilität die hauptsächliche Kategorie zur Feststellung der Verteilung von Machtressourcen innerhalb der Symmetrie von Interdependenz ist, so betonen sie doch, dass die Analyse der Sensitivitätsdimension es durchaus ermöglicht, Schwächen von Akteuren aufzuzeigen, welche sich durch strukturelle Interdependenz ergeben. (Keohane und Nye, 1977, S. 13-15)

Darüberhinausgehend führt Frank Schimmelfennig in seinem Kapitel „*Interdependenz und Regime: der Institutionalismus, Strukturen und Strukturwirkungen I: Interdependenz*“ die Unterteilung des Kontinuums internationaler Interdependenz in drei qualitative Zustände als analytisches Konzept ein, um festzustellen, unter welchen Bedingungen es wahrscheinlich ist, dass Interdependenz Kooperation zwischen Staaten generiert. Hierbei führt Schimmelfennig zunächst zwei verschiedenartige Definitionen der Interdependenz an. Grundsätzlich hält Schimmelfennig fest, dass Interdependenz im Kern bedeutet, dass ein Staat bei der Verwirklichung seiner Ziele auf einen anderen Staat angewiesen ist. Eine weite Definition der Interdependenz würde Schimmelfennig zufolge also bedeuten, dass Interdependenz im Sinne von „*gegenseitiger Abhängigkeit*“ bereits vorliegt, wenn ein Staat ein beliebiges Ziel ohne Kooperation mit anderen Staaten weniger effizient erreichen kann. Demnach wäre Interdependenz jedoch allgegenwärtig, da nach Schimmelfennig kein Staat in der Lage ist, seine Ziele ohne Kooperation mit anderen Staaten ebenso effizient zu erreichen wie unter Bedingungen von Kooperation.

Somit favorisiert Frank Schimmelfennig eine Definition der Interdependenz, welche vorgibt, dass tatsächliche „*gegenseitige Abhängigkeit*“ nur dann vorliegt, wenn zentrale Staatsaufgaben wie „*die Sicherheit nach außen und innen, die Stabilität der staatlichen Ordnung, die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung und darüber hinaus die Erreichung und Bewahrung eines von der Gesellschaft erwarteten Wohlfahrtsniveaus*“ in einem solchen Maße betroffen sind, dass diese zumindest in verstärktem Maße ohne Kooperation mit anderen Staaten nur unzureichend oder nur zu hohen Effizienzeinbußen erfüllbar sind. (Schimmelfennig, 2015, S. 92, 93)

Hierauf aufbauend konzipiert Schimmelfennig internationale Interdependenz als ein Kontinuum, welches sich in drei qualitative Zustände unterteilen lässt. *Autarkie* beschreibt hierbei einen Zustand, in welchem ein Staat seine zentralen Staatsaufgaben uneingeschränkt selbstständig erfüllen kann und somit nicht auf internationale Kooperation angewiesen ist. *Autonomie* beschreibt eine Situation, in welcher ein Staat seine zentralen Aufgaben zwar alleine erfüllen kann, jedoch nur unter Inkaufnahme von Effizienzeinbußen. Solch ein Staat wäre Schimmelfennig zufolge nicht auf internationale Kooperation angewiesen, würde aber von dieser profitieren. *Dependenz* als dritter qualitativer Zustand beschreibt eine Situation, in welcher ein Staat gänzlich unfähig ist, seine zentralen Aufgaben selbstständig zu erfüllen. Dementsprechend wäre dieser Staat in erhöhtem Maße bereit zu bzw. abhängig von internationaler Kooperation. (Schimmelfennig, 2015, S. 93)

Im Anschluss werden die eingeführten analytischen Konzepte angewendet, um die Frage zu beantworten, inwiefern der US-amerikanische Politikwechsel gegenüber Kuba 2014 auf strukturelle Qualitäten der Beziehungen zwischen den beiden Staaten zurückgeführt werden kann.

3. Aufstellen und Empirischer Test der aus dem Institutionalismus abgeleiteten Hypothesen

3. 1 Aufstellen der aus dem Institutionalismus abgeleiteten Hypothesen

Auf Basis der unter 2. 3 eingeführten analytischen Konzepte entwickelt diese Arbeit somit die folgenden aus dem Institutionalismus und insbesondere aus dem Interdependenzansatz abgeleiteten Hypothesen. Diese werden zunächst dargestellt und anschließend anhand von Fachliteratur und Medienberichten empirisch getestet.

H 01: Während Kuba im angegebenen Untersuchungszeitraum als von den Vereinigten Staaten dependenter Staat zu betrachten ist, waren die Vereinigten Staaten während der Präsidentschaft von Barack Obama „sensitiv“ gegenüber strukturellen Veränderungen im Komplex lateinamerikanischer Beziehungen im Zusammenhang mit der sog. „Pink tide“ und dem verstärkten Auftreten neuer Akteure in Lateinamerika. (vgl. Konzeptionen bei Schimmelfennig, 2015, S. 92, 93; Keohane und Nye, 1977, S. 10-15)

H 02: Aus der Sonderrolle Kubas in den inter-amerikanischen Beziehungen ergibt sich, dass diese in H 01 postulierte Sensitivität der Vereinigten Staaten gegenüber der „Pink tide“ einen starken Bezug zum kubanisch-amerikanischen Verhältnis hatte. Ein gänzlich einseitiges Abhängigkeitsverhältnis Kubas von den Vereinigten Staaten, wie beispielsweise von Castro Mariño (2002) behauptet, ließe sich folglich ablehnen. Weitergehend ergibt sich aus diesem Zusammenhang, dass die Vereinigten Staaten 2014 nicht als „autark“, sondern als „autonom“ in Bezug auf Kubas Position im inter-amerikanischen System zu betrachten waren, Entsprechend Frank Schimmelfennigs Modell erklärt sich somit die Motivation US-amerikanische Politikwechsel gegenüber Kuba 2014 als durch strukturellen Wandel im inter-amerikanischen System und den damit in Zusammenhang stehenden Kosten, welche die kubanische Außenpolitik den Vereinigten Staaten auferlegen konnte, motiviert. (vgl. Konzeptionen bei Schimmelfennig, 2015, S. 92, 93; Keohane und Nye, 1977, S. 10-15)

3. 2 Empirischer Test der aus dem Institutionalismus abgeleiteten Hypothesen

3. 2. 1 H 01: Die Position Kubas als von den Vereinigten Staaten dependenter Staat

Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit geht diese von der Annahme aus, dass Kuba für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit als von den Vereinigten Staaten dependenter Staat zu werten ist, welcher kontinuierlich die Beendigung der Konfrontation mit den USA suchte, insbesondere um die sich durch das US-amerikanische Embargo gegen Kuba ergebenden Kosten zu verringern. Dies ergibt sich aus den erheblichen und langjährigen Folgen des Embargos für Wirtschaft und Gesellschaft in Kuba, welche mit Schimmelfennigs Worten die Erfüllung zentraler staatlicher Aufgaben wie insbesondere die Errichtung und Erhaltung eines von der Bevölkerung erwarteten Wohlfahrtsniveaus erheblich beeinträchtigten, (Pepper 2009; Kennedy, 2015; Spadoni, 2010; AAHW, 1997) sowie aus der langstehenden Forderung des kubanischen Regimes nach der Aufhebung des US-amerikanischen Embargos unter Hinweis auf ebendiese Folgen. (UN News, 2021) Im Folgenden wird die Frage erörtert, inwiefern entgegen der Annahme von Soraya Castro Mariño kubanische policies gegenüber den Vereinigten Staaten im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit fähig waren, den Vereinigten Staaten ebenfalls signifikante Kosten aufzuerlegen, oder ob sich die Annahme der Autorin hinsichtlich einer einseitigen Dependenz Kubas von den Vereinigten Staaten auch für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit bewahrheiten lässt.

3. 2. 2 H 01: US-amerikanische Sensitivität gegenüber strukturellem Wandel im inter-amerikanischen System und dem Auftreten neuer Akteure in Lateinamerika

Die 1990er-Jahre leiteten einen grundlegenden Wandel im Komplex der inter-amerikanischen Beziehungen ein.

Nachdem in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren etliche autoritäre Regime gefallen waren, die argentinische Junta (1983), die brasilianische Militärregierung (1985) und das chilenische Pinochet-Regime (1990), begann mit der Wahl von Hugo Chávez zum venezolanischen Präsidenten im Dezember 1998 eine Welle von Wahlsiegen linksorientierter Regierungen in Lateinamerika, welche neue Herausforderungen an die hegemoniale Position der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent stellte. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 2) Diese „linke Welle“ wird in der Wissenschaft zumeist als *Pink tide* bezeichnet. Die Literatur nennt eine Reihe von Faktoren, welche als Ursache der *Pink tide* betrachtet werden können. Zum einen gilt es die ökonomische Komponente zu beachten. Traditionelle liberale Wirtschaftsmodelle, welche auf fiskalische Stabilisierung und die Reduktion der Inflation abzielten, waren während der 1990er-Jahre in vielen Staaten Lateinamerikas nicht in der Lage, gravierende soziale Ungleichheiten zu verringern. Dies zeigte sich insbesondere während der schweren Wirtschaftskrise, welche 1998 viele Staaten der Region erschütterte. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 3) Zum anderen spielte die politische Transition vieler lateinamerikanischer Staaten hin zu konsolidierten Demokratien für den Wahlerfolg linker Gruppierungen eine entscheidende Rolle. Während frühere linke Regierungen wie in den Beispielen der drei bereits erwähnten Länder die justizialistische Regierung von Isabel Perón in Argentinien (1976), die Regierung von João Goulart in Brasilien (1964) und die sozialistische Regierung von Salvador Allende in Chile (1973) sich oftmals nicht gegen konservative Eliten und Staatsorgane behaupten konnten, konnten sich die Bewegungen, welche im Rahmen der *Pink tide* an die Macht gelangten, innerhalb konsolidierter Staatsstrukturen teils trotz massiver Widerstände durchsetzen. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 4, 5) Ein prominentes Beispiel hierfür ist der versuchte Putsch in Venezuela im Jahr 2002. Im Gegensatz zu João Goulart, oder Salvador Allende konnte sich die Regierung von Hugo Chávez aufgrund der Weigerung von Kernelementen des Militärs und der Verwaltung gegen die gewählte Regierung vorzugehen, im Amt halten. (Lira Saade, 2002)

Insgesamt konnten linke Gruppierungen in Venezuela, Chile, Brasilien, Argentinien, Uruguay, Bolivien, Ecuador, Peru und Paraguay zwischen 1998 und 2014 23 Wahlsiege verzeichnen. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 6, 7)

Dieser umfassende Erfolg der *Pink tide* in weiten Teilen Lateinamerikas hatte wie bereits angemerkt signifikante Auswirkungen auf die traditionelle hegemoniale Position der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent. So bewegte beispielsweise Venezuelas *Pink tide* Präsident Hugo Chávez sein Land von einem verlässlichen regionalen Partner und wichtigen Rohstofflieferanten für die USA, zum neben Kuba schärfsten regionalen Gegner der Vereinigten Staaten. (Camino Gonzalez, 2019) Zwar war die anti-hegemoniale Positionierung verschiedener *Pink tide* Regierungen nicht überall ebenso deutlich wie in Venezuela, jedoch zeigten diese in den meisten Fällen eine verstärkte Bereitschaft, sich bewusst US-amerikanischen Interessen entgegenzustellen. So beendete der justizialistische Präsident Argentiniens Néstor Kirchner beispielsweise das *special relationship* welches Argentinien und die Vereinigten Staaten seit den 1980er-Jahren verband und begann eine Politik, welche vom ehemaligen argentinischen Außenminister Rafael Bielsa als „*cooperation without cohabitation*“ bezeichnet wurde. (Domínguez, 2010, S. 104) Kirchner stellte sich zudem verstärkt den regionalen Wirtschaftsinteressen der Vereinigten Staaten entgegen, wie beispielsweise der auf dem *Summit of the Americas* 1994 in Miami von den USA vorgeschlagenen *Free Trade Area of the Americas* (FTAA), welche eine Freihandelszone aller amerikanischen Staaten unter Ausschluss Kubas darstellen sollte. (Peiró, 2016) Ecuadors Präsident Rafael Correa gewährte im August 2012 dem in den Vereinigten Staaten verurteilten WikiLeaks Gründer Julian Assange Asyl in der Botschaft seines Landes in London. (Wallace, 2012)

Die anti-hegemonialen policies der *Pink tide* geführten Regierungen blieben jedoch nicht auf außen- und wirtschaftspolitische Positionierungen oder die Gewährung von politischem Asyl für Whistleblower beschränkt. Vielmehr bemühten sich die Regierungen der *Pink tide* klar anti-hegemonial positionierte regionale politische Strukturen und Institutionen zu schaffen bzw. eine anti-hegemoniale Neuordnung der inter-amerikanischen Strukturen und Institutionen vorzunehmen. Der beträchtliche Erfolg dieses Unterfangens ist von Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta (2014) sowie von Biegon (2020) dokumentiert.

Die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) stellte über viele Jahrzehnte das institutionelle Kernelement der inter-amerikanischen Beziehungen dar. In Washington D. C. angesiedelt, wird die OAS oftmals als eine Institution beschrieben, welche den Bedürfnissen der Vereinigten Staaten als regionaler Hegemonialmacht strukturell entgegenkommt. Dies zeigte sich insbesondere wiederholt während des Kalten Krieges, als der institutionelle Rahmen der OAS den USA oftmals die „*Realisierung wünschenswerter Outcomes*“ ermöglichte. (Biegon, 2020, S. 58, 59) Ein prominentes Beispiel ist die Suspendierung Kubas von 1962 bis 2009. Ab 1998 jedoch begannen die Regierungen der *Pink tide* mit dem Aufbau regionaler Institutionen und Organisationen, welche zum Teil in klarem Antagonismus zur OAS und darüber hinaus zur Rolle der Vereinigten Staaten als regionaler Hegemonialmacht stehen. Hier sind insbesondere die ALBA (Bolivarianische Allianz für Amerika) und die UNASUR/UNASUL (Union Südamerikanischer Nationen) zu nennen. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 7, 8) Zudem veränderte sich die Agenda bereits bestehender regionaler Institutionen wie dem MERCOSUR durch die *Pink tide* signifikant. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 13, 14)

Als die regionale Organisation mit dem stärksten anti-hegemonialen Fokus muss ohne Zweifel die ALBA betrachtet werden. 2004 aus dem *Cuba-Venezuela Integral Cooperation Agreement* von 2000 hervorgegangen, stellt die ALBA heute eine regionale Organisation zehn südamerikanischer und karibischer Staaten unter Einschluss Kubas dar, welche ihren Zusammenschluss in der ALBA als dezidiertes kontra-hegemoniales Projekt definiert haben. Insbesondere versteht sich die ALBA mit ihrem *Peoples' Trade Treaty* (PTA) als Gegenentwurf zu von den Vereinigten Staaten propagierten Freihandelsabkommen. An diesem machen verschiedene Autoren eine den meisten ALBA-Mitgliedern gemeine Ablehnung liberaler Wirtschaftsstrukturen und eine bewusste Konfrontation mit den Vereinigten Staaten fest. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 15, 16)

Neben der ALBA beschreiben Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta insbesondere die UNASUR/ UNASUL als anti-hegemonial orientierte Organisation. 2008 gegründet, sei diese ebenso wie die ALBA insbesondere durch den Geist der *Pink tide* geprägt worden, was sich in ihrem unter der Ägide der brasilianischen Präsidenten Lula und Cardoso gesetzten Sozial- und Entwicklungsfokus, einer Skepsis gegenüber liberalen Wirtschaftsstrukturen sowie dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation des Kontinents von den Vereinigten Staaten widerspiegelt. (Casas V M Arantes und Fernandes Pimenta, 2014, S. 15-18)

Wie Biegon berichtet, enthüllen interne Kommunikationsaufzeichnung sowohl bereits der Bush als insbesondere der Obama-Administration, dass Washington auf die markante Zunahme institutioneller inter-amerikanischer Zusammenarbeit unter Ausschluss der USA und in teils dezidiert anti-hegemonialem Geist mehr als besorgt reagierte. Nach Außen zeigte sich dies beispielsweise indem die Vereinigten Staaten die Gründung der UNASUR/ UNASUL zwar offiziell begrüßten, jedoch zeitgleich vehement insistierten, *die OAS müsse ihre Rolle als zentrale multilaterale Organisation in der amerikanischen Hemisphäre behalten.*“ (Biegon, 2020, S. 58)

US-amerikanische Besorgnis hinsichtlich der Entstehung anti-hegemonial orientierter neuer regionaler Institutionen ist zudem im Lichte eines erheblich verstärkten wirtschaftlichen wie limitiert auch sicherheitspolitischen Auftretens Chinas in Lateinamerika zu sehen. Das zunehmend verstärkte Auftreten Chinas auf dem Kontinent wird von Ted Piccone in seinem im November 2016 im Rahmen des „*Order from Chaos*“ Projekts der „*Foreign Policy at Brookings*“ Reihe veröffentlichten Artikel „*The Geopolitics of China’s Rise in Latin America*“ eingehend beschrieben. In seinem Artikel erläutert Piccone die rasant zunehmende Dynamik von Chinas Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitsbeziehungen zu Südamerika und dem Karibikraum.

Wenngleich Piccone feststellt, dass Chinas Möglichkeiten, Einfluss auf politische Prozesse in Lateinamerika auszuüben, bis 2016 begrenzt waren, so stellt er dennoch fest, dass Beijings offenes Umwerben der Region nicht nur ökonomische, sondern auch kulturelle, politische und sicherheitspolitische Bereiche miteinschließt. (Piccone, 2016, S. 1)

2008 gab Beijing sein erstes White Paper zu Lateinamerika heraus. Hierin betonte Beijing, Piccone zufolge, die traditionelle Süd-Süd-Solidarität zwischen China und Lateinamerika, ein ähnliches Verständnis der absoluten Zentralität nationaler Souveränität in den Internationalen Beziehungen sowie Beijings Unterstützung für neuentstandene Regionalorganisationen wie die UNASUR/ UNASUL oder die ALBA, als Gegengewicht zur bisher dominanten Rolle der OAS. Insbesondere das Ausbleiben politischer Forderungen aus Beijing im Gegenzug für die signifikante Bereitstellung von technischem Know-how und wirtschaftlicher Unterstützung stand in starkem Kontrast zu „*years of painful macroeconomic adjustments adopted after much pressure from Washington.*“ (Piccone, 2016, S. 6) So vergrößerte sich Chinas Handelsvolumen mit der Region zwischen 2000 und 2013 von zwölf auf 260 Milliarden Dollar. Chinas zunehmende Rolle als Kreditgeber führte zudem zur fiskalischen Abhängigkeit einiger lateinamerikanischer Staaten von China, wobei Piccone Brasilien als Beispiel nennt. (Piccone, 2016, S. 4, 5)

Zusammenfassend stellt Piccone zwar fest, dass Chinas Festigung seiner Position in Lateinamerika die Stellung der Vereinigten Staaten auf dem Kontinent bisher nicht irreparabel geschädigt habe, dass chinesische Interferenz jedoch den Einfluss der USA in der Region sichtbar geschwächt hat. In dieser Feststellung geht Piccone explizit auf die Bedeutung der *Pink tide* für diesen Zusammenhang ein. So konstatiert sein Artikel, dass der Antagonismus vieler *Pink tide* Regierungen gegenüber der Rolle der Vereinigten Staaten China verstärkte Einflussmöglichkeiten gewährt. So habe Chinas Expansion in Lateinamerika die Anfechtung der Liberalen Internationalen Ordnung durch *Pink tide* regierte Staaten wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador im wirtschaftlichen wie politischen Sinne erheblich verfestigt. (Piccone, 2016, S. 2, 6, 23, 24)

Auf Basis der obig präsentierten Zusammenhänge befindet die vorliegende Arbeit, dass die Vereinigten Staaten im Zeitraum von 1998 bis 2014 „*sensitiv*“ gegenüber Veränderungen in den politischen Strukturen und Prozessen in Lateinamerika, insbesondere im Zusammenhang mit der *Pink tide*, der Etablierung neuer und der thematischen Veränderung bestehender regionaler Organisationen sowie dem verstärkten Auftreten Chinas waren.

Der Wechsel einer Vielzahl lateinamerikanischer Staaten hin zu einer anti-hegemonialen Positionierung, welche sich wie vorangehend beschrieben in einer relevanten Veränderung der institutionellen Strukturen der inter-amerikanischen Beziehungen niederschlug, zog nicht nur eine Schwächung der Position der Vereinigten Staaten gegenüber einem Großteil der lateinamerikanischen Staaten nach sich, sondern steht auch in klar dokumentiertem Zusammenhang mit der regionalen Expansion Chinas. Somit erlegten der politische Wandel in Lateinamerika und die daraus resultierende anti-hegemoniale Kontestation den USA unmittelbare und durchaus erhebliche extern generierte Kosten auf. So kann die *Pink tide* fraglos als ein wunder Punkt in der US-Amerikanischen Position als regionale Hegemonialmacht gesehen werden. Der Kontinent, welcher seit der Präsidentschaft von James Monroe häufig als „*America's backyard*“ bezeichnet worden ist, als ureigene Einflussosphäre der Vereinigten Staaten, wurde zum Schauplatz von Kontestation, welche nicht nur anti-hegemoniale Bestrebungen der regionalen Staaten, sondern auch China als aufstrebende Großmacht umfasste. Der Strukturwandel im inter-amerikanischen System, welcher mit der *Pink tide* einherging, ist für diesen Zusammenhang entscheidend. Somit nimmt die Arbeit die Hypothese *H 01* der Sensitivität der Vereinigten Staaten gegenüber Wandel im inter-amerikanischen System während der Präsidentschaft Obamas an.

Diese Arbeit hält jedoch fest, dass die Vereinigten Staaten entsprechend der Konzeption von Keohane und Nye diesem politischen und strukturellen Wandel gegenüber nicht vulnerabel waren. Sie besaßen die Fähigkeit und die Kapazitäten Maßnahmen zu ergreifen, um die durch die beschriebenen externen Veränderungen für sie entstehenden Kosten zu lindern. Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass Präsident Obamas 2014 initiiertes Politikwechsel gegenüber Kuba zu diesen Maßnahmen gezählt werden kann. Frank Schimmelfennigs Konzeption von Internationaler Interdependenz als einem Kontinuum von drei qualitativen Zuständen als analytisches Modell zur Feststellung der Wahrscheinlichkeit von Kooperation zwischen Staaten ist Grundlage dieser Annahme.

3. 2. 3 H 02: Die Rolle Kuba hinsichtlich des Entstehens von Kosten aus strukturellem Wandel und anti-hegemonialer Kontestation in Lateinamerika für die USA

Die vorliegende Arbeit formuliert die Annahme, dass die Aufgabe der langjährigen Konfrontation mit Kuba, die Aufhebung des Embargos und die kooperative Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen als Elemente des Bestrebens der Obama-Administration gesehen werden können, die sich aus der *Pink tide* und dem strukturellen Wandel in den inter-amerikanischen und kubanisch-amerikanischen Beziehungen ergebenden signifikanten Effizienzeinbußen für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und deren Stellung als regionaler Hegemonialmacht einzudämmen. Die Motivation zur Annäherung an Kuba ergab sich hierbei aus der Sonderrolle, welche Kuba insbesondere auf die *Pink tide* und deren anti-hegemoniale Kontestation bezogen im inter-amerikanischen System innehat. Diese Sonderrolle wird von der Literatur weitgehend einheitlich bestätigt.

So erscheint es als beispielhaft, dass die erste Amtshandlung von Uruguays 2005 ins Amt gewählten sozialistischen Präsidenten Tabaré Vázquez die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Kuba war. Hierbei wird von unterschiedlichen Quellen herausgestellt, dass viele Regierungen der *Pink tide* Sympathien für die revolutionäre Vergangenheit der lateinamerikanischen Linken hegen, in welchem Zusammenhang eine auf das sozialistische Kuba ausgelegte Außenpolitik den neuen linken Regierungen der *Pink tide* Legitimität verschaffte. Der 2018 verstorbene ehemalige Direktor des in D. C. angesiedelten *Council on Hemispheric Affairs*, Larry Birns wird im Beispiel der sozialistischen Regierung Brasiliens hierzu von der BBC wie folgt zitiert: „*Lula needs the credentials lent to him by both Chavez and Castro, as they are both concerned with social justice and other leftist causes. Lula's party, the Workers Party, also has that kind of creed and belief.*” (BBC News, 2005)

Rubrick Biegon konstatierte 2020 in der Sache, dass Kuba und seine Revolution auch nach dem Ende des Kalten Krieges essenzieller „*historischer Referent*“ der gesamten lateinamerikanischen Linken geblieben seien. Demzufolge war und ist die kubanische Revolution ein „*totemic issue*“, eine Ikone anti-hegemonialer Tendenzen in den inter-amerikanischen Beziehungen. Politische Bestrebungen lateinamerikanischer Staaten drücken sich Biegon zufolge also nach wie vor oftmals in deren Positionierung gegenüber Kuba aus. (Biegon, 2020, S. 47, 49)

Diese historische Sonderrolle nutzte Kuba nach 1998 um Momentum für anti-hegemoniale Kontestation in der amerikanischen Hemisphäre zu generieren. So hatte Kuba umfassend dokumentierten Einfluss auf das Entstehen der beschriebenen anti-hegemonialen Regionalstrukturen. Wie bereits erläutert, war beispielsweise das *Cuba-Venezuela Integral Cooperation Agreement* Basis für die Schaffung der ALBA als am stärksten anti-hegemonial orientierten Regionalprojekt. Sujatha Fernandes schrieb hierzu 2019, „*Cuba was at the center of new regional initiatives such as the Bolivarian Alliance for the Peoples of Our America (ALBA), which sought to strengthen regional sovereignty in the face of ongoing attempts by the United States to impose its free trade agenda, ..., the Petrocaribe initiative brought more energy sovereignty to the region, and although it was dependent on fossil fuels, it provided a vehicle for regional cooperation and a challenge to U.S. oil hegemony over Caribbean nations. Chávez, Castro, and Evo Morales of Bolivia were frequently photographed together, representing a new axis of hope for the socialist left.*” (Fernandes, 2019)

Auch hinsichtlich Chinas regionaler Expansion stellt Ted Piccone fest, dass die erhebliche Verbesserung der kubanisch-chinesischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg sowie die chinesische Vergabe erheblicher Kredite an Kuba eine potenzielle Bedrohung der amerikanischen Position im Karibikraum darstellen. (Piccone, 2016, S. 19) Diese Position wird von Biegon geteilt. (Biegon, 2020, S. 51)

Es lässt sich also feststellen, dass eine signifikante Verbindung zwischen den Effizienzeinbußen, welche sich für die Vereinigten Staaten durch die *Pink tide*, den mit dieser verbundenen Wandel des inter-amerikanischen Systems hin zu anti-hegemonialer Kontestation sowie dem verstärkten regionalen Auftreten Chinas ergaben und der damit im Zusammenhang stehenden regionalen Sonderrolle Kubas als Referenzpunkt anti-hegemonialer Tendenzen in der amerikanischen Hemisphäre besteht. Es ist aus den Quellen ersichtlich, dass die kubanische Außenpolitik in beachtlichem Maße für das Entstehen dieser Effizienzeinbußen mitverantwortlich war, indem sie Kubas Sonderrolle in der Mobilisierung anti-hegemonialer Kontestation in der amerikanischen Hemisphäre im fraglichen Zeitraum extensiv nutzte.

William LeoGrande geht hierbei sogar so weit, eine ernsthafte Bedrohung US-amerikanischer Regionalinteressen durch die kubanische Mobilisierung anti-hegemonialer Tendenzen in den *Pink tide* regierten Staaten Lateinamerikas zu konstatieren. (LeoGrande, 2015, S. 473)

Somit folgert diese Arbeit, dass Kuba durchaus die Kapazität hatte, Effizienzeinbußen für die von Schimmelfennig als solche bezeichneten „zentralen staatlichen Funktionen“ der Vereinigten Staaten insbesondere hinsichtlich deren äußerer Sicherheit bzw. ihrer Rolle als regionaler Hegemonialmacht zu bewirken. Wie bereits erläutert, beschreibt *Autonomie* nach Schimmelfennig einen Zustand, in welchem ein Staat zwar in der Lage ist, seine zentralen Staatsaufgaben selbstständig zu erfüllen, jedoch ohne die Kooperation mit anderen Akteuren nur unter signifikanten Effizienzeinbußen. (vgl. Schimmelfennig, 2015, S. 92, 93) Diese Arbeit geht somit aufgrund der obig dargestellten Zusammenhänge davon aus, dass die kubanische Außenpolitik im relevanten Zeitraum aufgrund der historischen Sonderrolle Kubas im inter-amerikanischen System in der Lage war, in einem solchen Maße Effizienzeinbußen für die Position der Vereinigten Staaten als regionaler Hegemonialmacht aufzubauen, dass diese sich dazu bereit sahen, die langjährige Konfrontation mit Kuba einer kooperativeren Position weichen zu lassen und die Kosten des amerikanischen Embargos für Kuba zu minimieren um somit einer weiteren Mobilisierung anti-hegemonialer Tendenzen in Lateinamerika durch für die Zukunft vorzubeugen.

Die Sensitivität der Vereinigten Staaten gegenüber anti-hegemonialer Kontestation in der amerikanischen Hemisphäre im Zusammenhang mit der *Pink tide* wurde somit von Kubas Außenpolitik im Untersuchungszeitraum bewusst als Machtressource gegenüber den Vereinigten Staaten verwendet, um diesen signifikante Effizienzeinbußen aufzuerlegen. Zeitgleich signalisierte die kubanische Außenpolitik den Vereinigten Staaten, dass ein Ende des amerikanischen Embargos und der daraus für Kuba entstehenden Kosten auch ein Ende der kubanischen Mobilisierung anti-hegemonialer Kontestation bedeuten könne, dass sie aber im Zweifelsfalle bereit wäre, konfrontative policies mit den USA fortzusetzen.

So äußerte sich Raul Castro nach seinem berühmt gewordenen ersten Handschlag mit Präsident Obama auf dem Begräbnis des ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Nelson Mandela 2013 gegenüber der BBC: „*If we really want to make progress in bilateral relations, we have to learn to respect each other's differences and get used to living peacefully with them. Otherwise, no. We are ready for another 55 years like the last.*“ (BBC News, 2013) Ein entsprechender Politikwechsel der USA, welcher die Kosten der Konfrontation somit für beide Seiten reduzierte, entspricht zudem der institutionalistischen Annahme von rationalen, selbstinteressierten Akteuren, welche nicht ausschließlich nach Selbsterhalt streben müssen, sondern vielmehr nach *relative gains* streben können. (Schimmelfennig, 2015, S. 91, 92) Dieser Zusammenhang wird somit von dieser Arbeit als sich aus den strukturellen Qualitäten der kubanisch-amerikanischen Beziehungen ergebende Motivation der Vereinigten Staaten gewertet, nach Jahrzehnten der Konfrontation, Kooperation und Dialog mit Kuba zu suchen. Ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis Kubas von den Vereinigten Staaten, wie von Soraya Castro Mariño behauptet, lehnt diese Arbeit daher ab und nimmt die Hypothese *H 02* an.

4. Unzulänglichkeiten einer monokausalen Erklärung des Entstehens und Scheiterns von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten zwischen 2014 und 2021

Diese Arbeit nimmt an, dass ein monokausaler Ansatz wie der von Biegon (2020) präsentierte, nicht in der Lage ist, das Entstehen und Scheitern von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten unverzerrt wiederzugeben. So ist Biegons auf Gramsci basierendes Modell, welches Wandel in der US-amerikanischen Kubapolitik einem ganzheitlichen hegemonialen Rekonstruktionsbestreben zuschreibt, beispielsweise nicht in der Lage, eine Erklärung für den Zeitpunkt dieses Politikwechsels (Dezember 2014) zu geben.

Wenn wie von Biegon beschrieben, bereits die Bush-Administration über das Entstehen anti-hegemonialer Regionalorganisationen und inter-amerikanischer Institution unter Ausschluss der USA alarmiert war (Biegon, 2020, S. 58), zu einem Zeitpunkt, an welchem Kubas Agenda hinsichtlich der Errichtung von Organisationen wie der ALBA (gegründet 2004 unter der Ägide insbesondere Kubas und Venezuelas) allgemein bekannt waren und somit die Strukturen, welche im Rahmen einer systemischen Erklärung als Motivation für die Vereinigten Staaten gesehen werden können, die Kooperation mit Kuba zu suchen, bereits zu diesem Zeitpunkt gegeben, so stellt sich die Frage, weshalb die Vereinigten Staaten dann erst in der zweiten Hälfte von Barack Obamas zweiter Amtszeit hierauf reagierten. Hierin beruht eine zentrale Kritik dieser Arbeit an Biegons Analyse.

Eine Erklärung, welche hierbei auf eine unterschiedliche außenpolitische Agenda in republikanischen und demokratischen US-Administrationen insistiert, müsste an dieser Stelle rechtfertigen, warum Präsident Joe Biden, zentraler Beteiligter der kubanisch-amerikanischen Wiederannäherung von 2014, entgegen seiner Positionierung im Wahlkampfsjahr 2020 während der anhaltenden Proteste in Kuba im Sommer 2021 vielmehr die Kubapolitik seines Vorgängers als diejenige der Obama-Administration fortzusetzen scheint. (Macias, 2021)

Auf Basis dieser Feststellungen insistiert die vorliegende Arbeit auf die Relevanz eines Ansatzes, welcher an dieser Stelle auf die Rolle der *domestic politics* Variable im Wandel US-amerikanischer Kubapolitik eingeht. In Opposition zu Biegons und LeoGrandes Behauptungen, dass der Einfluss der kubanisch-amerikanischen Lobbys schwände (LeoGrande, 2015) sowie dass die Rolle der kubanischen Minderheit in Florida für die Formulierung US-amerikanischer policies gegenüber Kuba mittlerweile von keiner entscheidenden Bedeutung mehr sei (Biegon, 2020, S. 47) postuliert diese Arbeit eine Zentralität eben dieses Faktors für eine kohärente Erklärung des Entstehens und Scheiterns von Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba.

Entsprechend Andrew Moravcsiks *two-stage model of state behaviour*, nimmt diese Arbeit somit an, dass der obig präsentierte institutionalistische Ansatz zwar erklären kann, weshalb sich die amerikanische Strategie, ab 2014 die Kooperation mit Kuba zu suchen, aus den strukturellen Qualitäten der kubanisch-amerikanischen Beziehungen ergab, dass jedoch nur eine Analyse der *domestic politics* Variable und deren Einfluss auf die Genese von dieser Interaktionsstrategie unterliegenden außenpolitischen Handlungspräferenzen ein ganzheitliches Verständnis des zweifachen amerikanischen Politikwechsels gegenüber Kuba zwischen 2014 und 2021 gewährt. Wie Moravcsik formulierte, „*Preferences determine the nature and intensity of the game that states are playing and thus are a primary determinant of which systemic theory is appropriate and how it should be specified. Variation in state preferences often influences the way in which states make calculations about their strategic environment...*” (Moravcsik, 1997, S. 542)

III. Die kubanische Minderheit in Florida und deren Sonderrolle in der Formulierung amerikanischer Kubapolitik nach 2016

1. Theoretischer Hintergrund – Liberalismus und Externalisierung

Ebenso wie der Institutionalismus kann der Liberalismus gleichsam auf eine lange Denktradition verweisen. Hierbei wird Immanuel Kants Schrift „*Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*“ von 1795 oftmals als der Ursprung der liberalen Analyse der Internationalen Beziehungen betrachtet. Wie der politische und der ökonomische Liberalismus fußt also auch die liberale Theorie der Internationalen Beziehungen auf den Werten der Aufklärung und der analytischen Zentralität des Individuums. Insbesondere bezeichnet Liberalismus in den Internationalen Beziehungen jedoch die Zurückführung internationaler Politik auf innerstaatliche Akteure, Prozesse und Strukturen. (Schimmelfennig, 2015, S. 138) Andrew Moravcsiks Artikel „*Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*“, 1997 in der Zeitschrift *International Organization* veröffentlicht, gilt als eines der essenziellen Basiswerke moderner liberaler Theorie der Internationalen Beziehungen.

In seinem Artikel präsentiert Moravcsik nach eigenen Worten eine „*nicht-ideologische, nicht-utopische Reformulierung der liberalen Theorie der Internationalen Beziehungen*.“ (Moravcsik, 1997, S. 513) Moravcsik erläutert die Grundannahme liberaler Theorie der Internationalen Beziehungen als diejenige, dass die Beziehungen und Interaktionen zwischen Staat und Gesellschaft, eingebettet in ihren innerstaatlichen und transnationalen sozialen Kontexten fundamentale Auswirkungen auf die Art und Weise haben, wie ein Staat im internationalen System interagiert. Hierbei wirken Moravcsik zufolge, gesellschaftliche Ideen, Strukturen und Institutionen Einfluss auf die Außenpolitik eines Staates aus, indem sie dessen das internationale Handeln des betreffenden Staates determinierende außenpolitischen *Präferenzen* generieren. Somit findet innerhalb jeder Gesellschaft ein Wettbewerb um außenpolitische Inhalte statt, welcher durch die jeweiligen institutionellen, sozialen und ideellen Strukturen der jeweiligen Gesellschaft geprägt ist. (Moravcsik, 1997, S. 513) Andrew Moravcsik stellt diese Grundbehauptung liberaler Theorie der Internationalen Beziehungen in seinem Artikel in drei positiven Annahmen dar.

Die erste dieser Annahmen postuliert, dass für die Internationalen Beziehungen ein Primat gesellschaftlicher Akteure besteht. Demnach sind aus liberaler Perspektive Individuen und Gruppierungen von Individuen innerhalb einer gesellschaftlichen und staatlichen Struktur die hauptsächlichen Akteure in den Internationalen Beziehungen. Der Liberalismus wird somit als subsystemische Theorie bezeichnet, da er im Gegensatz zum Neorealismus oder Institutionalismus zunächst Individuen und nicht Staaten als die zentralen Akteure der Internationalen Beziehungen begreift. (Moravcsik, 1997, S. 516, 517) Diese Individuen und ihre Aggregationen handeln Moravcsik zufolge mehrheitlich rational, risikoavers und in Selbstinteresse, definiert von Moravcsik als „*pursuit of material and ideational welfare*“ (Moravcsik, 1997, S. 517) Bezeichnend ist somit, dass das Selbstinteresse der Akteure nicht als ausschließlich ökonomisch, sondern auch als ideell konzipiert wird. Die individuellen Akteure und deren Aggregate organisieren sich somit, interagieren und handeln kollektiv im Rahmen der jeweiligen Gesellschaft, ihrer Strukturen und Organisationen, um verschiedenartige Interessen zu vertreten und zu realisieren. Hierbei sind den Akteuren durch materielle Knappheit, entgegenstehende ideelle Wertvorstellungen und variierenden Grade politisch-gesellschaftlichen Einflusses Einschränkungen zur Verwirklichung ihrer Interessen gesetzt.

Aufgrund dieser Einschränkungen besteht Moravcsik zufolge, ein gesellschaftlicher Wettbewerb, um Interessenspräferenzen zwischen den Akteuren.

Die zweite Annahme bezieht sich auf staatliche Repräsentation und die Formulierung staatlicher Präferenzen in der Außenpolitik. Moravcsik zufolge repräsentieren staatliche Organe bzw. die politischen Institutionen, welche einen Staat vertreten, immer eine gewisse Teilmenge der innerstaatlichen Gesellschaft, welche sich im gesellschaftlichen Wettbewerb um Interessenspräferenzen durchsetzen konnte. Die Strukturen und Institutionen, welche einen Staat und eine Gesellschaft prägen, gleich ob diese liberal oder illiberal sind, stellen somit ein von Moravcsik als „*transmission belt*“ bezeichnetes System dar, in dessen funktionalen Rahmen die Transmission der ideellen und materiellen Interessen von Individuen und Gruppen von Individuen in staatliche policy Präferenzen abhängig von deren gesellschaftlich-politischem Einfluss und ihren Handlungsmöglichkeiten stattfindet. Präferenzen benennen hierbei außenpolitische Zielsetzungen bzw. Handlungsmaximen der Akteure, vollständig unabhängig von deren Realisierbarkeit, insbesondere im Verhältnis zu anderen Akteuren. (Moravcsik, 1997, S. 519)

Moravcsik hält fest, dass die Annahmen 1 und 2, das Primat gesellschaftlicher Akteure sowie deren Wettbewerb um außenpolitische Präferenzbildung nahelegen, dass die liberale Theorie der Internationalen Beziehungen das Konzept feststehender staatlicher Zielsetzungen von Sicherheit, Souveränität oder Wohlfahrt wie im Realismus oder Institutionalismus konzipiert, nicht teilt. Vielmehr konzipiert das liberale Modell staatliche Zielsetzungen als verschiedenartige Zielsetzungen gesellschaftlicher Akteure hinsichtlich staatlicher Präferenzen in der Außenpolitik, von Sicherheit, Souveränität und Wohlfahrt über verschiedenste Konstellationen dieser und darüber hinaus, über welche in gesellschaftlicher Kontestation entschieden wird. Essenziell ist hierbei Moravcsiks Feststellung, dass unter den Prämissen des liberalen Modells die Inkaufnahme von Effizienzeinbußen in einem Bereich zugunsten eines anderen je nach den Interessen dominanter gesellschaftlicher Akteure durchaus vorstellbar ist. „*It is not uncommon for states knowingly to surrender sovereignty, compromise security, or reduce aggregate economic welfare. In the liberal view, trade-offs among such goals, as well as cross-national differences in their definition, are inevitable, highly varied, and causally consequential*“. (Moravcsik, 1997, S. 519, 520)

Die dritte von Andrew Moravcsik formulierte Behauptung besagt, dass die Konfiguration der vollständig unabhängig voneinander formulierten außenpolitischen Präferenzen der Staaten über deren subsequeute Interaktionsweise bestimmt. Hierbei versucht jeder Staat die eigenen außenpolitischen wie obig beschrieben generierten Präferenzen zu verwirklichen und begegnet dabei Einschränkungen, welche ihm durch die Präferenzen anderer Staaten auferlegt werden. (Moravcsik, 1997, S. 520)

Hierbei nimmt der Liberalismus zwar durchaus an, dass Handlungskapazitäten anderer Staaten für die Umsetzung außenpolitischer Präferenzen eine Rolle spielen, postuliert jedoch, dass entsprechend der Konzeption von Individuen und Aggregaten von Individuen als zentralen Akteuren der Internationalen Beziehungen vielmehr eine dominante Gruppe in einem Staat im Versuch ihre außenpolitischen Präferenzen zu realisieren Kosten und Einschränkungen für eine andere Gesellschaft bewirkt als ein Staat für einen anderen. Dieses Muster wird von Moravcsik als die Schaffung von „*transnational externalities*“ bezeichnet. (Moravcsik, 1997, S. 520) Somit nimmt Moravcsik an, dass die Präferenzfindung finit entscheidender für die Interaktion von Staaten ist, als die Verteilung von deren Handlungskapazitäten. „*Variation in ends, not means, matters most.*“ (Moravcsik, 1997, S. 522)

Wie einleitend angeführt, stehen Institutionalismus und Liberalismus nicht konträr, sondern komplementär zueinander. (Schimmelfennig, 2015, S. 145; Moravcsik, 1997, S. 541-547) In seinem *two-stage model of state behaviour* nimmt Moravcsik jedoch ein Primat des Liberalismus gegenüber dem Institutionalismus an. Dies beruht auf der Annahme, dass das liberale Modell in der Lage ist mittels der „*Endogenisierung*“ der außenpolitischen Präferenzbildung zu erklären welche grundlegenden Zielsetzungen Staaten durch ihre Interaktionsweise auf der internationalen Bühne verfolgen sowie wie sich diese durch innerstaatlichen Wettbewerb um die außenpolitische Präferenzbildung ergeben und entspricht der ersten obig formulierten Annahme Moravcsiks, dass gesellschaftliche Akteure die zentralen Handlungsträger der Internationalen Beziehungen sind. (Schimmelfennig, 2015, S. 145)

Somit nimmt Moravcsik an, dass institutionalistische Modelle, wie das in Kapitel II. präsentierte, fähig sind, die Handlungsweisen von Staaten im Sinne von Interaktionsstrategien auf der internationalen Bühne im Verhältnis zu strukturellen Einschränkungen und den Handlungskapazitäten anderer Akteure zu beschreiben, dass jedoch nur die liberale Analyse innerstaatlicher Präferenzbildung Aufschluss darüber geben kann, welche Handlungsmaximen der staatlichen Interaktionsweise im internationalen System unterliegen. (Moravcsik, 1997, S. 541-547)

In diesem Zusammenhang konzipiert diese Arbeit die in Kapitel II. präsentierte institutionalistische Erklärung, welche die strukturelle Motivation für den US-amerikanischen Politikwechsel gegenüber Kuba 2014 am Wandel des inter-amerikanischen Systems und den sich daraus ergebenden Qualitäten der kubanisch-amerikanischen Beziehungen festmacht als Erklärung für die Strategie der Vereinigten Staaten für diese, sich aus der kubanischen Mobilisierung anti-hegemonialer Bestrebungen im Zusammenhang mit der *Pink tide* bzw. um mit Moravcsiks Worten zu sprechen, durch die aus den Handlungskapazitäten anderer Akteure und strukturellen Gegebenheiten entstehenden Einschränkungen ergebende Kosten zu verringern. Die vorliegende Arbeit wiederholt jedoch ihre Überzeugung, dass nur eine Analyse der diesem strategischen Handeln der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba unterliegenden außenpolitischen Präferenzen entsprechend Moravcsiks liberalem Modell im vorliegenden Fall ein ganzheitliches Verstehen des mehrfachen US-amerikanischen Politikwechsels gegenüber Kuba 2014 unter Präsident Obama hin zu Kooperation sowie ab 2017 zurück zur Konfrontation während der Präsidentschaften von Donald Trump und Joe Biden ermöglicht.

Für eine entsprechende Analyse der kubanisch-amerikanischen Beziehungen im Zeitraum von 2014 bis 2021 ist insbesondere der Republikanische Liberalismus, wie von Moravcsik beschrieben, von Bedeutung. Hierbei bündelt der Republikanische Liberalismus die von Moravcsik formulierten Annahmen hinsichtlich des innerstaatlichen Präferenzbildungsprozesses dahingehend, dass er den Modus innerstaatlicher Repräsentation als Schlüsselvariable identifiziert, welche determiniert die außenpolitischen Präferenzen welcher Akteure bzw. Gruppe von Akteuren institutionell privilegiert werden. (Moravcsik, 1997, S. 530)

Hierbei formuliert Moravcsik insbesondere folgende These: „*When political representation is biased in favor of particularistic groups, they tend to “capture” government institutions and employ them for their ends alone, systematically passing on the costs and risks to others.*” (Moravcsik, 1997, S. 530) Somit nimmt Moravcsik an, dass die Überrepräsentation einer partikularen Gruppe welche durch institutionelle Strukturen hinsichtlich der innerstaatlichen Repräsentation privilegiert ist, unter Umständen zu Ineffizienz in der Formulierung außenpolitischer Präferenzen aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive führen kann. Diese Annahme ist für die nachfolgende Analyse der Rolle der kubanischen Minderheit in Florida für den zweifachen amerikanischen Politikwechsel gegenüber Kuba zentral.

2. Aufstellen und Empirischer Test der aus dem Liberalismus abgeleiteten Hypothese

2. 1 Aufstellen der aus dem Liberalismus abgeleiteten Hypothese

Auf Basis des unter 1. dargestellten liberalen Modells der Analyse der Rolle gesellschaftlicher Akteure für die Formulierung außenpolitischer Handlungspräferenzen von Staaten formuliert diese Arbeit die nachfolgende Hypothese. Diese wird zunächst dargestellt und anschließend anhand von Fachliteratur und Medienberichten empirisch getestet.

H 03: Während die vormals entscheidende Rolle der kubanischen Minderheit als „institutionell privilegierter Gruppe“ mit erheblichem Einfluss auf die Realisierung ihrer partikularen Interessen in der Formulierung amerikanischer außenpolitischer Präferenzen gegenüber Kuba (vgl. Moravcsik, 1997, S. 530) mit dem Beginn der Präsidentschaft von Barack Obama gemindert schien, lässt sich an den amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020 deren erneute Position als „institutionell privilegierter Gruppe“ rekonstruieren. Eine abnehmende Relevanz der domestic politics Variable wie von Biegon (2020) und LeoGrande (2015) angenommen, lässt sich somit ablehnen. Dieser Zusammenhang erklärt sowohl den Zeitpunkt des amerikanischen Politikwechsels von 2014, als auch die Rückkehr zu konfrontativen policies gegenüber Kuba, während der Trump und Biden-Administrationen. (vgl. Konzeptionen bei Moravcsik, 1997)

2. 2 Empirischer Test der aus dem Liberalismus abgeleiteten Hypothesen

2. 2. 1 H 03: Die historische Sonderrolle der kubanischen Minderheit in Florida im repräsentativen System der Vereinigten Staaten und ihr daraus resultierender Einfluss hinsichtlich der Formulierung außenpolitischer Präferenzen der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba

Die besondere historische Rolle der kubanischen Minderheit in Florida im repräsentativen System der Vereinigten Staaten ist in der Literatur umfassend dokumentiert worden. Clifford Staten fasste diese in seinem Buch treffend zusammen. „*During presidential elections in the United States, both the Democratic and Republican candidates pay homage to the Cuban American community in Florida. They reiterate their support for the U.S. embargo against the island while taking note of Florida's important electoral college votes.*” (Staten, 2003, S. 1) In ihrem Artikel „*The Personal Is Political: The Cuban Ethnic Electoral Policy Cycle*” (2009) beschreibt Susan Eckstein diesen Zusammenhang anhand der Jahre zwischen 1992 und 2004. Während die kubanische Minderheit in Florida weniger als 1 % der amerikanischen Bevölkerung darstellt, ergibt sich Eckstein zufolge, ihre politische Sonderrolle aus ihrer Bedeutung in Florida als größtem „*swing-state*“. Demnach stellen Floridakubaner*innen 8 % der Wählerschaft in einem Staat, dessen Wahlausgang im amerikanischen „*winner-takes-all*“ System über ein Zehntel der Stimmen im Electoral college entscheidet. (Eckstein, 2009, S. 125) Somit stellt die floridakubanische Minderheit eine unter Umständen entscheidende elektorale Gruppe dar, welche in der Vergangenheit mehrfach den Ausgang von Präsidentschaftswahlen mitbestimmte. Im Verlauf ihres Artikels erläutert Susan Eckstein wie dieser Zusammenhang ressourcenstarken floridakubanischen Verbänden wie der *Cuban American National Foundation* und dem *Cuban American Political Action Committee* im Zusammenhang mit dem Zyklus amerikanischer Präsidentschaftswahlen substanziellen Einfluss auf die Umsetzung von *hardline policies* gegenüber Kuba gewährte. (Eckstein, 2009) So beschreibt Eckstein, dass Embargo policies in Wahljahren zwischen 1992 und 2004 oftmals verstärkt wurden. Als Beispiel nennt sie Präsident Bushs Wiederwahlkampagne von 1992.

Während Bush zuvor eine Verschärfung des Embargos verhindert hatte, unter anderem unter dem Druck dritter Staaten wie Kanada, welche eine durch das Embargo entstehende Belastung ihrer Handelsbeziehungen zu Kuba verurteilten, gab Bush sein Veto gegen das „*Mack-Amendment*“, welches das Embargo signifikant verschärfte im Wahljahr 1992 auf. Subsequent stimmten drei Viertel der floridakubanischen Wähler*innen für Bush, was ihm den Wahlsieg im Staat Florida ermöglichte. (Eckstein, 2009, S. 133, 134) Das gleiche Muster stellt Eckstein für Präsident Clintons Unterstützung des „*Helms-Burton bill*“ im Jahr seiner Wiederwahl 1996 fest. Entgegen den Widerständen von Wirtschaftsverbänden und Drittstaaten welche durch diesen einen Bruch von GATT und WTO Regelungen befürchteten, unterzeichnete Clinton den Helms-Burton bill medienwirksam im Rahmen der Eröffnung der Primaries in Florida. In den folgenden Wahlen gelang es Clinton zwar nicht das historische Monopol der republikanischen Partei auf das *Cuban-American vote* zu brechen, er erlangte jedoch zumindest ein Drittel der floridakubanischen Stimmen, was ihm Eckstein zufolge, ebenfalls den Sieg im Staat Florida ermöglichte. (Eckstein, 2009, S. 135) Für die spannungsgeladene Wahl von George W. Bush zum 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 2000, sowie für dessen Wiederwahl 2004 bestätigt Eckstein die Relevanz des „*Cuban Ethnic Electoral Policy Cycle*“ (Eckstein, 2009, S. 136-138) Dies wird von anderen Autor*innen wie Schneider (2001) bestätigt. Während Eckstein ein vorläufiges Ende des „*Cuban Ethnic Electoral Policy Cycle*“ mit der Wahl von Präsident Obama 2008 konstatiert, so stellt sie zusammenfassend heraus, dass dessen Neuerscheinen jedoch je nach Interessenskonstellationen und den „*issues at hand*“ nicht auszuschließen sei. (Eckstein, 2009, S. 138- 143)

Entsprechend Moravcsiks Annahmen zum Republikanischen Liberalismus ist somit beobachtbar, dass die kubanische Minderheit und insbesondere ressourcenstarke floridakubanische Interessensverbände wie die *Cuban American National Foundation* oder das *Cuban American Political Action Committee* aufgrund der Sonderstellung der floridakubanischen Minderheit in den institutionellen Strukturen der innerstaatlichen Repräsentation in den Vereinigten Staaten für die Zeit vor 2008 mit Moravcsiks Worten als „*institutionell privilegierte Gruppe*“ zu werten sind, welche aufgrund ihrer Stellung innerhalb der Strukturen innerstaatlicher Repräsentation erheblichen Einfluss auf die Formulierung amerikanischer außenpolitischer Präferenzen gegenüber Kuba hatten.

Diese Arbeit stellt nachfolgend dar, dass der herausragende Status der kubanischen Minderheit in Florida innerhalb der repräsentativen Strukturen der Vereinigten Staaten in den Wahljahren 2008 und 2012 tatsächlich abgenommen hatte, was Präsident Obamas Politikwechsel gegenüber Kuba signifikant erleichterte.

Zugleich nimmt diese Arbeit jedoch an, dass die von Biegon (2020) und LeoGrande (2015) auf Basis des *2014 FIU Cuba Poll* angenommene grundsätzliche Abnahme der Relevanz der *domestic politics* Variable für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen sich nicht bestätigen lässt und sich die kubanische Minderheit in Florida im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020 erneut entsprechend Moravcsiks Modell in einer Position als institutionell privilegierter Gruppe mit erheblichem Einfluss auf die Formulierung amerikanischer außenpolitischer Präferenzen gegenüber Kuba befindet.

2. 2. 2 H 03: Die geminderte Bedeutung der kubanischen Minderheit in Florida in den Präsidentschaftswahlen von 2008 und 2012 im Verhältnis zu Präsident Obamas Politikwechsel von 2014

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen von 2008 und 2012 in Florida schien Ecksteins Annahme über das Ende des *Cuban Ethnic Electoral Policy Cycle* zu bestätigen. Dem Pew Research Center zufolge konnte Barack Obama in Florida 2008 57 % der lateinamerikanischen Stimmen in dem Staat erlangen. (Lopez, 2008) In ihrem Artikel „*Cuban-Americans No Longer a Sure Bet for the GOP*“ beschrieb Emily Deruy 2012, dass es Präsident Obama möglich war das vormalige Monopol der republikanischen Partei auf das *Cuban American vote* zu brechen und 53 % der Stimmen der floridakubansichen Wähler*innen zu erlangen. Deruy erklärt diesen *shift* wie zwei Jahre später Grenier und Gladwin hauptsächlich über die Wahlteilnahme einer jüngeren floridakubanischen Generation, welche weniger konfrontative Positionen gegenüber Kuba präferiert. (Deruy, 2012) Somit nimmt diese Arbeit an, dass Barack Obama im Gegensatz zu seinen Vorgängern Bush, Clinton und Bush Sr. (Eckstein, 2009) nicht gezwungen war bei der Formulierung seiner Kubapolitik in erhöhtem Maße Rücksicht auf die außenpolitischen Präferenzen der kubanischen Minderheit in Florida zu nehmen.

Diese Arbeit nimmt somit an, dass dies es Präsident Obama insbesondere nachdem dieser die Wiederwahl von 2012 gewonnen hatte ermöglichte, eine Kubapolitik zu formulieren, welche auf die Reduzierung der Kosten, welche sich durch die in Kapitel II. beschriebene kubanische Mobilisierung anti-hegemonialer Tendenzen in der amerikanischen Hemisphäre ergaben abzielte.

2. 2. 3 H 03: Die Rolle der kubanischen Minderheit in den Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020 und die Rückkehr zu einer konfrontativen Kubapolitik der Präsidenten Trump und Biden als „domestic vs. external interest trade-off“

Präsident Obamas Politikwechsel gegenüber Kuba im Dezember 2014 koinzidierte mit der Veröffentlichung von Studien und Artikeln, welche die von Eckstein 2009 feststellte und sich in der Obama-Ära fortsetzende Minderung der Sonderrolle der kubanischen Minderheit in Florida erneut zu bestätigen schienen. Als grundlegend kann hier die Studie der Professoren Guillermo J. Grenier und Hugh Gladwin „*2014 FIU Cuba Poll: How Cuban Americans in Miami View U.S. Policies Toward Cuba*“ durchgeführt am Cuban Research Institute gewertet werden.

Der regelmäßig erscheinende *FIU Cuba Poll* gilt als die weithin verlässlichste Quelle hinsichtlich politischer Meinungsforschung bezüglich der kubanischen Minderheit in Florida und wird aus diesem Grund vielfach in den Medien sowie in akademischen Analysen herangezogen. (Duany in Grenier und Gladwin, 2014, S. 2) Der FIU Cuba Poll von 2014 formuliert eine Reihe von Behauptungen hinsichtlich der Sichtweise der kubanischen Minderheit in Florida in Bezug auf das US-amerikanische Embargo Kubas, die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten, der Aufhebung von Reisebeschränkungen etc. Hierbei stellt die Studie insbesondere zunehmende generationell bedingte Meinungsunterschiede innerhalb der kubanischen Minderheit in Florida fest. So gaben der Studie zufolge 52 % alle Befragten und somit eine Mehrheit an, dass sie ein Ende des Embargos befürworten. Floridakubaner*innen der Altersgruppe 18-29 gaben sogar zu einer Mehrheit von 62 %, dass sie eine Weiterführung des Embargos ablehnen. (Grenier und Gladwin, 2014, S. 4) 68 % der Befragten gaben der Studie zufolge an, dass sie die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen begrüßen würden, während Grenier und Gladwin diese Zahl für die jüngere Generation mit etwa 90 % betiteln. (Grenier und Gladwin, 2014, S. 4)

Insbesondere ein Untersuchungssitem der Studie ist von gesteigerter Relevanz. Den der Studie zugrunde liegenden Umfragen zufolge gaben 53 % der befragten registrierten Wähler*innen, welche der kubanischen Minderheit in Florida angehören, an, dass sie eine Präsidentschaftskandidat*in unterstützen würden, welcher die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba durchzusetzen beabsichtigt. In der Altersgruppe der 18-29-Jährigen betrug die Angabe sogar 75 %. (Grenier und Gladwin, 2014, S. 4) Zusammengefasst, vermittelt der *FIU Cuba Poll* von 2014 ein Bild wonach ein fundamentaler Wandel in den Meinungen der floridakubanischen Minderheit hinsichtlich US-amerikanischer Kubapolitik stattgefunden habe. Demnach habe eine Mehrheit der kubanischen Minderheit 2014 eine Annäherung der Vereinigten Staaten mit Kuba befürwortet, wobei insbesondere die Sichtweisen der jüngeren Generation sich grundlegend von früheren konfrontativen Präferenzen einer Mehrheit der Floridakubaner*innen unterschied. Autor*innen wie Biegon (2020) und LeoGrande (2015) haben auf dieser Basis eine grundsätzliche Abnahme der Relevanz der *domestic politics* Variable für den Inhalt amerikanischer policies gegenüber Kuba postuliert. Die Richtigkeit dieser Annahme hat sich jedoch in den Präsidentschaftswahlen von 2016 und 2020 nicht bewahrheitet.

Wie das Pew Research Center im November 2016 berichtete, stimmten mehr als die Hälfte (54 %) der floridakubanischen Wähler*innen in der Präsidentschaftswahl 2016 für Präsident Donald Trump. (Krogstad und Flores, 2016) Dieses Ergebnis scheint zunächst teilweise mit dem *2014 FIU Cuba Poll* übereinzustimmen und den seit 2012 beobachtbaren Trend fortzusetzen, dass sich das Votum der floridakubanischen Minderheit mehr und mehr auf die beiden großen Parteien verteilt und die traditionelle Nähe der Floridakubaner*innen zur republikanischen Partei (Bush gewann die Floridawahlen 2000 und 2004 mit respektive 75 % und 78 % des floridakubanischen Votums) beendet ist. Dennoch konnte Donald Trump die Wahl in Florida 2016 für sich entscheiden und seiner Kandidatur Floridas 29 Stimmen im Electoral College sichern. (Lopez-Gottardi, 2016) Zudem gelang es Donald Trump somit zu erreichen, dass Florida nach den demokratischen Siegen von 2008 und 2012 zum ersten Mal seit 2004 wieder republikanisch stimmte. In seinem Artikel über Präsident Trumps Rückkehr zu konfrontativen policies gegenüber Kuba 2017 zieht Dan Merica, Journalist bei *CNN News* hierbei den Bogen zu Donald Trumps Positionierungen im Wahlkampf 2016 welche ein Ende der Kooperation mit Kuba in Aussicht stellten.

Merica zufolge stützte sich Donald Trump in der Formulierung dieser Positionen gegenüber Kuba im Wahlkampf 2016 stark auf die Einschätzung einflussreicher floridakubanischer Interessensverbände in D. C. Merica betont jedoch, dass Trumps Möglichkeiten, sich zu Kuba zu positionieren, 2016 noch eingeschränkt waren, da die republikanische Partei eine Rückkehr zu konfrontativen policies nicht geschlossen unterstützte. Als Präsidentschaftskandidat blieben Trump ohnehin nur Absichtsbekundungen. Dennoch nimmt Merica auf der Basis des Wahlergebnisses einen Zusammenhang zwischen Trumps konfrontativen Positionierung gegenüber Kuba 2016 und seinem Wahlsieg in Florida an. (Merica, 2017)

Die Zentralität dieses Zusammenhangs ist seit den Präsidentschaftswahlen 2020 weitgehend unbestreitbar. Während Donald Trump zwar die Wiederwahl 2020 verlor, war es ihm möglich, seine Siegmarge in Florida mehr als zu verdoppeln. (Alvarez, 2020) Während des Wahlkampfes 2020 betonte Donald Trump vehement seinen konfrontativen Politikwechsel gegenüber Kuba von 2017 und erließ noch im September 2020 verschärfte Sanktionen gegen das kubanische Regime. (Superville, 2020) „*Today we reaffirm our ironclad solidarity with the Cuban people and our eternal conviction that freedom will prevail over the sinister forces of communism and evil in many different forms. Today we declare America’s unwavering commitment to a free Cuba.*” (Donald Trump, zitiert in Superville, 2020) Ric Herrero der Direktor der *Cuba Study Group* äußerte der *Miami New Times* gegenüber, dass die Trump-Administration früh verstand, dass eine Wiederwahl Donald Trumps ohne den Sieg in Florida unwahrscheinlich wäre. (Augustin, 2020) Die potenziell hohe Bedeutung des floridakubanischen Votums realisierend, gewährte die Trump-Administration ressourcenstarken floridakubanischen Interessensgruppen Ed Augustin zufolge mehr Einfluss als jede amerikanische Regierung zuvor. (Augustin, 2020) Das Magazin *Politico* zitierte hierzu 2020 zwei nicht namentlich genannte Mitarbeiter*innen der Trump-Administration. „*We knew early on that on Latin America policy Trump wasn’t taking cues from career officials. He was taking cues from harder-line Cuba folks in Miami.*” (Rodriguez, 2020) Guillermo Grenier der Co-Autor des *2014 FIU Cuba Poll* äußerte sich hierzu ebenfalls in der *Miami New Times*. „*He (Trump) is playing to a local audience — playing a card that has been laid out for him, one that the Republicans have nurtured for the last 40 years.*” (Augustin, 2020)

Im Unterschied zum 2014 *FIU Cuba Poll* suggerierte der *FIU Cuba Poll* von 2020 zudem, dass eine Mehrheit von etwa 60 % der Floridakubaner*innen im Jahr 2020 inzwischen erneut die Fortsetzung des Embargos befürwortete. Den Autoren zufolge setzt dies einen Trend fort, welcher seit 2018 bemerkbar war und eine Rückkehr zu konfrontativen Präferenzen bei einer deutlichen Mehrheit der kubanischen Minderheit in Florida nahelegt. (Grenier und Lai, 2020, S. 11) Wie Sabrina Rodriguez hinsichtlich Donald Trumps Wahlsieg in Florida 2020 im Politico formulierte, „*President Donald Trump’s obsession with Cubans has paid off.*“ (Rodriguez, 2020) Für die Floridawahl von 2020 lässt sich eine direkte Verbindung zwischen dem Einfluss welchen die Trump-Regierung ressourcenstarken floridakubanischen Interessengruppen und Individuen, welche prominente Positionen in der floridakubanischen Minderheit einnehmen, wie beispielsweise Floridas Senator Marco Rubio auf die Formulierung amerikanische Kubapolitik einräumte und Trumps Wahlsieg in Florida herstellen. (Rodriguez, 2020; Augustin, 2020) Die Annahmen von Biegon (2020) und LeoGrande (2015) lassen sich demzufolge nicht nachhaltig bewahrheiten. Die obig dargestellten Zusammenhänge legen vielmehr nahe, dass die Relevanz der *domestic politics* Variable für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen höher ist denn je. Die Aussagen von Jim Messina, ehemaliger Manager von Präsident Obamas Wiederwahlkampagne 2012 im Vorfeld der Wahl von 2020 verdeutlichen dies. „*Jim Messina, who ran President Obama’s reelection campaign, in 2012, told me that he has run simulations of some sixty-six thousand possible electoral outcomes, and in none of them did Trump win without capturing Florida. “It’s just the math,” he said. “If Biden can win Florida early on Election Night, it’s over.”* (Filkins, 2020) Die Stimmen der floridakubanischen Minderheit waren somit entscheidend für das politische Überleben von Präsident Donald Trump. Wie Ric Herrero mutmaßte war dies der Trump-Administration früh bewusst. (Augustin, 2020) Wie spätestens die Wahl von 2020 zeigte, war Präsident Trumps Strategie die Privilegierung der kubanischen Minderheit, hinsichtlich der Formulierung außenpolitischer Positionen gegenüber Kuba in diesem Zusammenhang zu instrumentalisieren erfolgreich. Diese Arbeit nimmt also die These an, dass die Rolle der kubanischen Minderheit als institutionell privilegierter Gruppe mit signifikantem Einfluss auf die Formulierung amerikanischer außenpolitischer Präferenzen gegenüber Kuba nach 2016 entscheidend für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen war und die Rückkehr einer Mehrheit der Floridakubaner*innen zu konfrontativen Präferenzen gegenüber Kuba (Grenier und Lai, 2020) spiegelte.

In diesem Kontext konzipiert die vorliegende Arbeit Präsident Trumps Politikwechsel gegenüber Kuba von 2017 entsprechend Moravcsiks Modell als „domestic vs. external interest trade-off“. Wie bereits beschrieben nimmt Moravcsik an, dass unter den Prämissen des liberalen Modells die Inkaufnahme von Effizienzeinbußen durch Akteure in einem Bereich zugunsten eines anderen je nach den Interessen dominanter gesellschaftlicher Akteure durchaus vorstellbar ist. „*In the liberal view, trade-offs among such goals, as well as cross-national differences in their definition, are inevitable, highly varied, and causally consequential*“. (Moravcsik, 1997, S. 520) Gehen wir von der liberalen Prämisse aus, dass individuelle Akteure sich im Durchschnitt risikoavers verhalten, existierende gains nach Möglichkeit verteidigen und zurückhaltend hinsichtlich der Verfolgung neuer gains sind, (Moravcsik, 1997, S. 517) so erscheint es rational, dass die Administration von Präsident Trump ein trade-off hinsichtlich der Kosten welche sich wie in Kapitel II. beschrieben durch Kubas Rolle in den seit 1998 veränderten Strukturen anti-hegemonialer Kontestation in der amerikanischen Hemisphäre im Verhältnis zur Notwendigkeit die Präsidentschaftswahlen im Staat Florida zu gewinnen eingehen würde. Somit nimmt diese Arbeit an, dass sich die dokumentierte Rückkehr einer deutlichen Mehrheit der kubanischen Minderheit in Florida zu konfrontativen Präferenzen gegenüber Kuba (Grenier und Lai, 2020, S. 11; Fineout, 2021) und die erneute Position dieser als in den Strukturen der demokratischen Repräsentation in den Vereinigten Staaten privilegierter Akteursgruppe in Präsident Trumps Politikwechsel gegenüber Kuba 2017 externalisierten. Diese Erklärung von Präsident Trumps Politikwechsel gegenüber Kuba 2017 ist kongruent mit Susan Ecksteins Feststellung, dass sowohl republikanische wie auch demokratische Präsidenten in der Vergangenheit bereits mehrmals vergleichbare trade-offs hinsichtlich der Schlüsselrolle des *Cuban American vote* eingegangen sind. (Eckstein, 2009) Somit wird diese Annahme von der vorliegenden Arbeit als Erklärung für den amerikanischen Politikwechsel gegenüber Kuba von 2017 angenommen.

Dennoch ist die im *2014 FIU Cuba Poll* formulierte und von Biegon (2020) und LeoGrande (2015) aufgegriffene Feststellung, dass das floridakubanische Votum aufgrund eines signifikanten, teils generationell bedingten Meinungswandels zunehmend Subjekt von Kontestation zwischen den beiden großen Parteien ist und das vormalige Monopol der republikanischen Partei auf die Stimmen der kubanischen Minderheit in Florida seit 2008 gebrochen, keine Fiktion.

Auf Basis der obig dargestellten Zusammenhänge lehnt diese Arbeit jedoch erneut die Annahme Biegons (2020) und LeoGrandes (2015) ab, dass sich aus diesem Kontext eine Abnahme der Relevanz der *domestic politics* Variable für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen postulieren ließe. Wie Superville 2020 feststellte, „*Although researchers note that younger Cuban Americans and those who came to the U.S. in more recent decades favor restoring diplomatic relations with Cuba, those who are older may have hardened their views.*” (Superville, 2020) Die vorliegende Arbeit nimmt vielmehr an, dass das Faktum, dass inzwischen demokratische Kontestation des *Cuban American vote* möglich scheint, Aufschluss über Präsident Bidens Fortsetzung konfrontativer policies gegenüber Kuba im Sommer 2021 geben kann, welche im Gegensatz zu dessen Ankündigungen während des Wahlkampfs 2020 steht. Einer Studie von *Bendixen & Amandi International* zufolge gaben im März 2021 66 % der befragten Floridakubaner*innen an sie seien gegen eine Aufhebung des unter Präsident Trump wiedereingeführten Embargos. (Fineout, 2021)

Dies steht im Gegensatz zu den 52 %, welche Grenier und Gladwin zufolge 2014 noch ein Ende des Embargos befürworteten. (Grenier und Gladwin, 2014). „*We see the Cuban-American electorate has recalibrated and defaulted back to the hardline positions.*” (Fernand Amandi in Fineout, 2021) In Anbetracht der Schlüsselrolle welche die kubanische Minderheit in Florida im November 2020 für den republikanischen Sieg in dem Staat erneut spielte schien somit die Aussicht auf einen demokratischen Wahlsieg in Florida 2024 gering, sollte Joe Biden zu Präsident Obamas Kubapolitik zurückkehren. Wie Fineout es formulierte, „*an overwhelming majority is solidly opposed to the Biden administration reengaging with the island dictatorship — and their brief drift toward Democrats has been totally reversed.*” (Fineout, 2021) Gegeben der Bedeutung Floridas als swing-state und unter dem „Schock“ des floridakubanischen Votums von 2020 erscheint es somit als rational, dass die Biden-Administration zunächst zögerlich war ihren im Wahlkampf angekündigten Politikwechsel zurück zu kooperativeren Positionen zu vollziehen.

Zudem lässt dieser Zusammenhang es als plausibel erscheinen, dass Präsident Biden sich im Sommer 2021 als kubanische Sicherheitsorgane in Havanna gewaltsam gegen Demonstrant*innen vorgingen, gezwungen sah, konfrontative Haltungen gegenüber dem kubanischen Regime einzunehmen. Bidens Verkündung neuer Sanktionen gegen Kubas Regime kam *CNN* zufolge, nachdem Vertreter*innen der demokratischen Partei in Florida mehrere Aufrufe an die Biden-Administration gerichtet hatten, im Hinblick auf den Ausgang der Floridawahl 2020 dringend Unterstützung für die Proteste in Kuba zu demonstrieren. (Sullivan und Vazquez, 2021)

Somit scheint es, dass die Biden-Administration sich ebenso wie die Trump-Administration gezwungen sah, ein trade-off zwischen der Eindämmung von Kosten im Zusammenhang mit Kubas anti-hegemonialer Sonderrolle im inter-amerikanischen System und der Notwendigkeit, die Wahl in Florida zu gewinnen, einzugehen. Wie Susan Eckstein 2009 beschrieb, wäre Biden nicht der erste demokratische Präsident, welcher ebenfalls solch ein trade-off eingeht. (Eckstein, 2009)

Auf Basis der dargestellten Zusammenhänge nimmt diese Arbeit an, dass während die Sonderrolle der kubanischen Minderheit in Florida hinsichtlich der Formulierung amerikanischer policies gegenüber Kuba wie von Eckstein (2009) beschrieben während der Präsidentschaft von Barack Obama an Relevanz verlor, diese nach 2016 erneut von zentraler Bedeutung für die Formulierung amerikanischer Kubapolitik ist. Wie der Vergleich des *2014 FIU Cuba Poll* mit dem *2020 FIU Cuba Poll* und der *Bendixen & Amandi International* Studie von 2021 nahelegt, haben sich die Präferenzen einer Mehrheit der floridakubanischen Minderheit hinsichtlich amerikanischer policies gegenüber Kuba in diesem Zeitraum erneut stark in die Richtung konfrontativerer Positionen bewegt. Die Ursache dieses *shifts* könnte Gegenstand weiterführender Literatur sein.

Während in der Präsidentschaft Barack Obamas, wie von Eckstein beschrieben, der *Ethnic Electoral Policy Cycle* zunächst beendet schien, was ihm ermöglichte seine Kubapolitik ohne durch die Sonderrolle der kubanischen Minderheit in Florida und den Druck der Floridawahl entstehende *constraints* zu gestalten, nimmt diese Arbeit also an, dass das Neuerscheinen ebendieser *constraints* nach 2016 und 2020 sowohl die republikanische Administration von 2017-2021 wie auch die junge demokratische Regierung dazu drängte das beschriebene „domestic vs. external interest trade-off“ zugunsten der internen Schlüsselrolle der floridakubanischen Minderheit zu entscheiden. Somit konnten sich die konfrontativen Präferenzen einer von Grenier und Lai dokumentierten Mehrheit der kubanischen Minderheit in Florida hinsichtlich der Formulierung amerikanischer Außenpolitik gegenüber Kuba behaupten. (Grenier und Lai, 2020) Auf Basis dieser Feststellungen nimmt die vorliegende Arbeit die Hypothese *H 03* an.

IV. Zusammenfassung

Welche Schlüsse kann die vorliegende Analyse des Entstehens und Scheiterns von Kooperation zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten von 2014 bis 2021 somit zusammenfassend ziehen? Zunächst bestätigt sie die einleitend als zentral angenommene Rolle sowohl des asymmetrischen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen beiden Staaten sowie der *domestic politics* Variable. Während das amerikanische Embargo kontinuierliche und erhebliche Kosten für Staat und Gesellschaft in Kuba bedeutet, konnte die kubanische Außenpolitik durch die Mobilisierung anti-hegemonialer Tendenzen seit 1998 ebenfalls signifikante Effizienzeinbußen für die Position der Vereinigten Staaten in der amerikanischen Hemisphäre bewirken. Wie die liberale Analyse in dieser Arbeit darlegt, lässt sich nicht bestätigen, dass die vor 2008 zentrale Rolle der kubanischen Minderheit in Florida für die Formulierung amerikanischer policies gegenüber Kuba ihre Bedeutung verloren hat. Es ist vielmehr zu beobachten, dass einem Rückgang ihrer Zentralität ein erneuter und erheblicher Bedeutungszuwachs nach 2016 folgte. In diesem Zusammenhang widerspricht diese Arbeit den Annahmen von Biegon (2020) und LeoGrande (2015) wonach die *domestic politics* Variable für den Inhalt der kubanisch-amerikanischen Beziehungen an Relevanz verloren habe.

Vielmehr nimmt die vorliegende Arbeit auf Basis der vorangegangenen Analyse an, dass beide Variablen essenzielle Strukturen in den gegenwärtigen kubanisch-amerikanischen Beziehungen darstellen und eine unverzerrte Analyse amerikanischer Kubapolitik nach dem Ende des Kalten Krieges unter Auslassung einer der beiden Variablen nur schwer zu konzipieren ist. Die Analyse dieser Arbeit ergibt, dass die Kosten, welche sich für die Vereinigten Staaten durch Kubas Kapazität als „*historischer Referent*“ anti-hegemonialer Bestrebungen in der amerikanischen Hemisphäre anti-hegemoniales Momentum zu generieren sowie die kontinuierte Sonderstellung der kubanischen Minderheit in Florida in der Struktur institutioneller Repräsentation in den Vereinigten Staaten Elemente eines „domestic vs. external interest trade-off“ darstellen. Diese Arbeit nimmt hierbei an, dass die Kosten, welche eine Gestaltung amerikanischer Kubapolitik zugunsten eines dieser Elemente im Zusammenhang mit dem anderen Element generiert, jedoch nicht gleichbleibend sind. Während wie von Biegon berichtet die Besorgnis gegenüber den Kosten anti-hegemonialer Kontestation während der Obama-Ära komparativ hoch war, (Biegon, 2020, S. 58) ergibt die Analyse dieser Arbeit, dass die *constraints* welche sich durch die spezifische Rolle der kubanischen Minderheit in Florida für Präsident Obamas Kubapolitik ergeben haben im gleichen Zeitraum kein erhebliches Risiko für dessen innenpolitische Position darstellten. Wie diese Arbeit in Kapitel III. darlegt, ist die Bedeutung dieser *constraints* für die Formulierung amerikanischer policies gegenüber Kuba während der Präsidentschaft von Donald Trump jedoch erneut erheblich gestiegen. Zeitgleich nahm das Momentum der *Pink tide* und ihrer anti-hegemonialen Kontestation kontinuierlich ab, was beispielsweise von René Rojas in seinem Artikel „*The Ebbing “Pink Tide”: An Autopsy of Left-Wing Regimes in Latin America*“ beschrieben wird. Staaten, welche den Kern von Lateinamerikas „Linker Welle“ darstellten wie Brasilien, Argentinien oder Chile werden inzwischen von konservativen Administrationen geführt, welche oftmals zu kooperativeren Haltungen mit den Vereinigten Staaten zurückkehrten. (Rojas, 2017) Somit erscheint es als hätten sich die Vorzeichen der kubanisch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende der Obama-Ära umgekehrt. Dennoch ergeben sich durch die Konfrontation mit Kuba für die Vereinigten Staaten nach wie vor Kosten hinsichtlich ihrer Position in Lateinamerika. Dies zeigte sich zuletzt im Sommer 2021.

Als Reaktion auf Präsident Bidens neue Sanktionen gegen Kuba im Sommer 2021 verurteilte Mexikos 2017 ins Amt gewählter sozialistischer Präsident Andrés Manuel López Obrador die Rolle der Vereinigten Staaten in der gesamten Region scharf und organisierte symbolische Hilfslieferungen essenzieller Güter wie Treibstoff nach Kuba. (Daniel und Parraga, 2021) López Obrador ging in diesem Zusammenhang sogar soweit Kuba als „*Beispiel des Widerstandes*“ zu bezeichnen und ein vollständiges Ende der OAS zu fordern welche er mit Blick auf die Positionierung der Organisation zu lateinamerikanischen Angelegenheiten als „*lackey of the United States*“ bezeichnete. (Associated Press, 2021) Es zeigt sich also, dass die Rolle Kubas als Katalysator anti-hegemonialer Mobilisierung in der amerikanischen Hemisphäre und als Referent der lateinamerikanischen Linken weiterhin folgenreich für die Vereinigten Staaten ist. Hinsichtlich der Zukunft der kubanisch-amerikanischen Beziehungen wird es demzufolge entscheidend sein, wie sich die Relevanz beider Variablen für die Formulierung amerikanischer Kubapolitik künftig entwickelt und welche *constraints* sie für amerikanische Administrationen generieren. Zukünftige Literatur könnte auf dieser Annahme aufbauen.

Hinsichtlich einer Einordnung des doppelten amerikanischen Politikwechsels gegenüber Kuba zwischen 2014 und 2021 als amerikanische Reaktion auf die Kontestation der Liberalen Internationalen Ordnung durch das anti-hegemoniale Momentum der *Pink tide* lässt sich feststellen, dass die Möglichkeiten der Vereinigten Staaten, dieser Kontestation effektiv zu begegnen, im vorliegenden Fall in zeitlich variierender Intensität durch innerstaatliche Strukturen eingeschränkt waren. Nachfolgende Literatur, welche sich mit der Kontestation der Liberalen Internationalen Ordnung in Lateinamerika auseinandersetzt, könnte sich mit der Frage befassen, inwiefern innerstaatliche Strukturen, insbesondere in Bezug auf die hispanoamerikanische Minderheit in den Vereinigten Staaten, die Kapazitäten der USA grundsätzlich bedingen der Kontestation der Liberalen Internationalen Ordnung in der amerikanischen Hemisphäre zu begegnen. Wie auch immer sich das kubanisch-amerikanische Verhältnis künftig entwickeln wird, ein Ende von dieser besonderen Beziehung, welche von Bill Clinton als „*terrible family feud*“ bezeichnet wurde, (Staten, 2003, S. 3) ist nicht abzusehen.

Literaturangabe

Acosta, N. (2020) 'Cubans applaud Biden win, hope for easing of sanctions', *Reuters*, 7. November 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-cuba-idUSKBN27N0Z5> (Aufgerufen: 15.05.21)

Allen, N. (2014) 'President Obama should pursue measures aimed at ending the Cuba embargo', *LSE American Politics and Policy*.

Alvarez, L. (2020) 'Trump's gains with Florida Latinos were hiding in plain sight', *The Washington Post*, 5. November 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/opinions/2020/11/05/how-trump-won-florida-latinos-miami-dade-cuban-americans/> (Aufgerufen: 09.08.21)

American Association for World Health (1997) *Denial of Food and Medicine: The Impact of the U.S. Embargo on Health and Nutrition in Cuba*.

Associated Press. (2021) 'Mexican president calls Cuba 'example,' wants OAS replaced', *ABC News*, 25. Juli 2021 [Online]. Verfügbar unter: <https://abcnews.go.com/International/wireStory/mexican-president-calls-cuba-oas-replaced-79038523> (Aufgerufen: 09.08.21)

Augustin, E. (2020) '"Playing a Card": How Trump Used Cuba to Gain Points in Florida', *Miami New Times*, 9. Oktober 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.miaminewtimes.com/news/how-miamis-cuban-americans-shaped-trumps-cuba-policy-11704162> (Aufgerufen: 09.08.21)

Baker, P. (2014) 'U.S. to Restore Full Relations with Cuba, Erasing a Last Trace of Cold War Hostility', *The New York Times*, 17.12.2014 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.nytimes.com/2014/12/18/world/americas/us-cuba-relations.html> (Aufgerufen: 04.04.21)

BBC News. (2005) 'South America's leftward sweep', *BBC News*, 2. März 2005 [Online]. Verfügbar unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/4311957.stm> (Aufgerufen: 29.07.2021)

BBC News. (2013) 'Cuba's Raul Castro calls for 'civilised relations' with US', *BBC News*, 22. Dezember 2013 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/world-latin-america-25479795> (Aufgerufen: 09.08.21)

Biegon, R. (2020) 'The Normalization of U.S. Policy Toward Cuba? Rapprochement and Regional Hegemony', *Latin American Politics and Society*, Issue 1, Vol. 62 (Februar 2020), S. 46-72. (26 Seiten)

Camino Gonzalez, J. (2019) 'Venezuela and the US: From friends to foes', *Deutsche Welle*, 25. Januar 2019 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/en/venezuela-and-the-us-from-friends-to-foes/a-47224923> (Aufgerufen: 05.08.21)

Casas V M Arantes, P. und Fernandes Pimenta, G. (2014) *Rethinking Integration in Latin America: The "Pink Tide" and the Post-Neoliberal Regionalism*. FLACSO-ISA Joint International Conference, Buenos Aires, Argentina. (23. Bis 25. Juli 2014)

Castro Mariño, S. (2002) 'U.S.-Cuban Relations During the Clinton Administration', *Latin American Perspectives*, Issue 125, Vol. 29, No. 4 (Juli 2002), S. 47-76. (29 Seiten)

Charles, J., Tavel, J., Daugherty, A. und Flechas, J. (2020) 'Miamians bang pots, dance downtown to celebrate Biden's victory. But not everyone's happy', *Miami Herald*, 07.11.2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.miamiherald.com/article247036012.html> (Aufgerufen: 15.05.21)

Daniel, F. und Parraga, M. (2021) 'Mexican fuel cargo for Cuba is sovereign decision, president says', *Reuters*, 27. Juli 2021 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/world/americas/mexican-fuel-cargo-cuba-is-sovereign-decision-president-says-2021-07-27/> (Aufgerufen: 09.08.21)

Department of the Treasury. (2009) *General License for Visits to Close Relatives in Cuba*.

Deruy, E. (2012) 'Cuban-Americans No Longer a Sure Bet for the GOP', *ABC News*, 12. November 2012 [Online]. Verfügbar unter: https://abcnews.go.com/ABC_Univision/Politics/cuban-voters-swinging-democratic/story?id=17700174 (Aufgerufen: 09.08.21)

Dominguez, J. I. (1997) 'U.S.-Cuban Relations: From the Cold War to the Colder War', *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Vol. 39, No. 3 (Herbst, 1997), S. 49-75. (27 Seiten)

Dominguez, J. I. (2010) *Contemporary U.S.-Latin American Relations: Cooperation or Conflict in the 21st Century?*. 1. Auflage. London: Routledge

Eckstein, S. (2009) 'The Personal Is Political: The Cuban Ethnic Electoral Policy Cycle', *Latin American Politics and Society*, Vol. 51, No. 1 (Frühjahr 2009), S. 119-148. (30 Seiten)

Fernandes, S. (2019) 'A Ship Adrift: Cuba After the Pink Tide', *Nacla*, 1. April 2019 [Online]. Verfügbar unter: <https://nacla.org/news/2019/04/01/ship-adrift-cuba-after-pink-tide> (Aufgerufen: 09.08.21)

Filkins, D. (2020) 'Will Florida Decide the Presidential Race or Throw It into Confusion?', *The New Yorker*, 28. Oktober 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.newyorker.com/news/daily-comment/will-florida-decide-the-presidential-race-or-throw-it-into-confusion> (Aufgerufen: 09.08.21)

Fineout, G. (2021) 'New poll shows Cuban-American voters align with GOP', *Politico Florida*, 16. März 2021 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.politico.com/states/florida/story/2021/03/16/new-poll-shows-cuban-american-voters-align-with-gop-1368365> (Aufgerufen: 09.08.21)

Gerring, J. (2004) 'What Is a Case Study and What Is It Good for?', *The American Political Science Review*, Vol. 98, No. 2 (Mai, 2004), S. 341-354. (14 Seiten)

Grenier, G. und Gladwin, H. (2014) *2014 FIU Cuba Poll: How Cuban Americans in Miami View U.S. Policies Toward Cuba* [Online]. Verfügbar unter: <https://cri.fiu.edu/research/cuba-poll/2014-fiu-cuba-poll.pdf> (Aufgerufen: 25.07.2021)

Grenier, G. und Lai, Q. (2020) *2020 FIU Cuba Poll: How Cuban Americans in Miami View U.S. Policies Toward Cuba* [Online]. Verfügbar unter: <https://cri.fiu.edu/research/cuba-poll/2020-fiu-cuba-poll.pdf> (Aufgerufen: 09.08.21)

Holland, S. (2017) 'Trump rolls back parts of what he calls 'terrible' Obama Cuba policy', *Reuters*, 16. Juni 2017 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-usa-cuba-idUSKBN1970EC> (Aufgerufen: 23.05.21)

Ikenberry, J. (2018) 'The end of liberal international order?', *International Affairs*, Vol. 94, Issue 1 (Januar 2018), S. 7-23. (16 Seiten)

Kennedy, R. (2015) '“El Bloqueo”: 55 years of obstructing the Cuban people', *Al Jazeera*, 17. Juni 2015. [Online]. Verfügbar unter: <https://www.aljazeera.com/features/2015/6/17/el-bloqueo-55-years-of-obstructing-the-cuban-people> (Aufgerufen: 23.07.2021)

Keohane, R. O. und Nye, J. S. (1977) *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. 4. Ausgabe. London: Pearson Education.

- Krogstad, J. M. und Flores, A. (2016) 'Unlike other Latinos, about half of Cuban voters in Florida backed Trump', *Pew Research Center*, 15. November 2016 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/15/unlike-other-latinos-about-half-of-cuban-voters-in-florida-backed-trump/> (Aufgerufen: 09.08.21)
- LeoGrande, W. M. (1998) 'From Havana to Miami: U.S. Cuba Policy as a Two-Level Game', *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, Vol. 40, No. 1 (Frühjahr, 1998), S. 67-86. (20 Seiten)
- LeoGrande, W. M. (2015) 'Normalizing US—Cuba relations: escaping the shackles of the past', *International Affairs*, Issue 3, Vol. 91 (Mai 2015), S. 473-488. (15 Seiten)
- Lira Saade, C. (2002) 'Insurrección civil y militar termina con el golpe; Chávez, en Miraflores', *La Jornada*, 14. April 2002 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.jornada.com.mx/2002/04/14/019n1mun.php?origen=index.html> (Aufgerufen: 23.07.2021)
- Lopez, M. H. (2008) 'The Hispanic Vote in the 2008 Election', *Pew Research Center*, 5. November 2008 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.pewresearch.org/hispanic/2008/11/05/the-hispanic-vote-in-the-2008-election/> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Lopez-Gottardi, C. (2016) 'The Complex Cuban Vote', *U.S. News*, 16. November 2016 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.usnews.com/opinion/op-ed/articles/2016-11-16/2016-highlighted-the-growing-complexity-of-the-cuban-american-vote> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Macias, A. (2021) 'U.S. sanctions Cuban officials over crackdown on protests as Biden warns: 'This is just the beginning'', *CNBC*, 22. Juli 2021 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.cnbc.com/2021/07/22/us-sanctions-cuban-defense-minister-special-forces-over-crackdown-on-protests.html> (Aufgerufen: 05.08.21)
- Mason, J. und Holland, S. (2021) *U.S. issues new Cuba sanctions, Biden promises more to come* [Online]. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/world/americas/biden-meet-cuban-american-leaders-amid-calls-tougher-action-havana-2021-07-30/> (Aufgerufen: 03.08.21)
- Merica, D. (2017) 'Trump unveils new restrictions on travel, business with Cuba', *CNN Politics*, 17. Juni 2017 [Online]. Verfügbar unter: <https://edition.cnn.com/2017/06/16/politics/trump-cuba-policy/index.html> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Moravcsik, A. (1997) 'Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics', *International Organization*, Vol. 51, No. 4 (Herbst 1997), S. 513–553. (40 Seiten)
- Obama, B. H. (2014) *Statement by the President on Cuba Policy Changes*. The White House, Office of the Press Secretary. (17. Dezember 2014)
- Peiró, C. (2016) 'ALCA: la epopeya imaginaria del kirchnerismo que enfrió la relación con EEUU', *Infobae*, 22. März 2016 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.infobae.com/2016/03/22/1799074-alca-la-epopeya-imaginaria-del-kirchnerismo-que-enfrio-la-relacion-eeuu/> (Aufgerufen: 05.08.21)
- Pepper, M. (2009) 'The Costs of the Embargo', *Dollars & Sense*, Vol. 281 (März/ April 2009) [Online]. Verfügbar unter: <http://www.dollarsandsense.org/archives/2009/0309pepper.html> (Aufgerufen: 03.08.21)
- Piccone, T. (2016) 'The Geopolitics of China's Rise in Latin America', *Goeconomics and Global Issues*, Paper 2. (November 2016)

- Renwick, D., Lee, B. (2015) *U.S.-Cuba Relations* [Online]. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20150511123927/http://www.cfr.org/cuba/us-cuba-relations/p11113> (Aufgerufen: 21.05.21)
- Reuters. (2020) 'Cuba's president acknowledges Biden's U.S. election win', *Reuters*, 8. November 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/us-usa-election-cuba-idUSKBN27O0MC> (Aufgerufen: 15.05.21)
- Reuters. (2020) 'Trump announces new Cuba-related sanctions', *Reuters*, 23. September 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.reuters.com/article/usa-cuba-idUSW1N2E101S> (Aufgerufen: 15.05.21)
- Rojas, R. (2017) 'The Ebbing "Pink Tide": An Autopsy of Left-Wing Regimes in Latin America', *New Labor Forum*, Vol. 26, No. 2 (April 2017).
- Rodriguez, S. (2020) 'How Marco Rubio runs Trump's Latin America policy', *Politico*, 3. August 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.politico.com/states/florida/story/2020/08/03/how-marco-rubio-runs-trumps-latin-america-policy-1972792> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Rodriguez, S. (2020) 'How Miami Cubans disrupted Biden's path to a Florida win', *Politico*, 4. November 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.politico.com/news/2020/11/04/biden-miami-cubans-election-2020-433999> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Schimmelfennig, F. (2015) *Internationale Politik*. 5. Auflage. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh
- Schneider, W. (2001) 'Elián González Defeated Al Gore', *The Atlantic*, 1. Mai 2001 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2001/05/elian-gonzalez-defeated-al-gore/377714/> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Spadoni, P. (2010) *Failed Sanctions: Why the U.S. Embargo against Cuba Could Never Work*. Illustrierte Edition (2010). Gainesville: University Press of Florida
- Staten, C.L. (2003) *The History of Cuba*. 1. Edition. New York: Palgrave Macmillan
- Sullivan, K. und Vazquez, M. (2021) 'Biden administration announces new sanctions on Cuba while eyeing further actions', *CNN Politics*, 30. Juli 2021 [Online]. Verfügbar unter: <https://edition.cnn.com/2021/07/30/politics/biden-new-sanctions-cuba/index.html> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Superville, D. (2020) 'Trump tightens Cuba sanctions as he woos Cuban-American vote', *Associated Press*, 23. September 2020 [Online]. Verfügbar unter: <https://apnews.com/article/donald-trump-florida-archive-courts-cuba-1380bca4b965163fde80a31cef3b1396> (Aufgerufen: 09.08.21)
- Tannenbaum, D., Stokes, A. (2014) *Key points from the President's announcement on Cuba sanctions* [Online]. Verfügbar unter: <https://www.pwc.com/us/en/financial-services/regulatory-services/publications/assets/2014-cuba-sanctions.pdf> (Aufgerufen: 23.05.21)
- UN News. (2021) 'UN General Assembly calls for US to end Cuba embargo for 29th consecutive year', *UN News*, 23. Juni 2021 [Online]. Verfügbar unter: <https://news.un.org/en/story/2021/06/1094612> (Aufgerufen: 03.08.21)
- Wallace, A. (2012) 'Julian Assange: Why Ecuador is offering asylum', *BBC News*, 16. August 2012 [Online]. Verfügbar unter: <https://www.bbc.com/news/world-europe-19289649> (Aufgerufen: 29.07.2021)

Wilson, J. (2015) 'China's Military Engagement with Argentina: A Potential New Phase in China-Latin America Defense Relations', *U.S.-China Economic and Security Review Commission Staff Research Report*, November 2015.